

Bocholter-Borkener Volksblatt

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt. Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken. Organ der Zentrumspartei
Rheider Volkszeitung Geschäftsstelle: Bocholt, Nobelstr. 6. Fernsprecher 92 und 97. Verlagsort: Münster (Westf.) 2. Anholt-Isselburger Zeitung

Nr. 164

Mittwoch, den 17. Juni

1925

Die französische Sicherheitsnote überreicht.

Veröffentlichung am Freitag.

tu. Berlin, 16. Juni. (Tel.) Die französische Antwortnote auf das deutsche Sicherheitsmemorandum vom 8. Februar ist heute vormittag kurz nach 12 Uhr dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann durch den französischen Botschafter in Berlin, de Margerie, übergeben worden. Auch der Schlussbericht der Interalliierten Militärkontrollkommission befindet sich in den Händen der Reichsregierung. Er ist etwa doppelt so lang wie von der Havasagentur mitgeteilt wurde. Er enthält eine große Anzahl nicht veröffentlichter technischer Belege, die aber nur die Dürftigkeit der Schlussfolgerungen der Havasagentur verstärken. Die deutsche Reichsregierung beabsichtigt für Ende dieser Woche die Veröffentlichung des Schlussberichts mit den dazu gehörigen Belegen.

tu. Berlin, 16. Juni. (Drahtb. unseres Berliner Vertreters.) Nachdem die Sicherheitsnote der Reichsregierung überreicht worden ist, bildet sie begreiflicherweise den Gegenstand lebhafter Erörterungen. In Berliner diplomatischen Kreisen nimmt man an, daß trotz des zwar nicht in der Form, aber dem Inhalte nach abweichenden Standpunktes der französischen Regierung Verhandlungen eingeleitet werden, die vorläufiglich lange Zeit in Anspruch nehmen können. Der Reichsaussenminister und der Reichsaussenminister werden über die Note mit den Parteiführern des Reichstages Rücksprache nehmen und dann auch mit den Ministerpräsidenten der Länder der Föderation. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages wird sich wahrscheinlich noch im Laufe dieser Woche mit der französischen Antwort beschäftigen. In Berliner politischen Kreisen begegnet man mehrfach der Auffassung, daß die Note den Abschluß eines Sicherheitspactes zu fördern nicht sehr geeignet ist, daß sie aber immerhin die Möglichkeit zu weiteren Verhandlungen gibt.

tu. Berlin, 16. Juni. (Drahtb. unseres Berliner Vertreters.) Die Veröffentlichung der französischen Antwortnote auf den deutschen Vorschlag des Sicherheitspactes wird, wie wir erfahren, nach den getroffenen Vereinbarungen erst am Freitag und nicht, wie ursprünglich gemeißelt, am Donnerstag stattfinden.

tu. Paris, 16. Juni. (Tel.) Wie die Morgenblätter melden, ist aus Warschau die Nachricht eingegangen, daß die polnische Regierung nach aufmerksamer Prüfung der Antwortnote in der Sicherheitsfrage völlig beipflichtet.

tu. Paris, 16. Juni. (Tel.) Eine römische Meldung der Chicago-Tribune besagt, daß Italien die Garantierung seiner nördlichen Grenze durch Großbritannien und Frankreich beantragen und einen Pakt gegen die Vereinigung Österreichs mit Deutschland vorschlagen wird.

tu. Paris, 16. Juni. (Tel.) Die italienische Regierung hat heute vormittag schriftlich ihre Antwort auf die französische Antwortnote auf das deutsche Sicherheitsmemorandum an Quai d'Orsay überreicht. Die italienische Regierung erklärt darin, daß sie der Idee eines Sicherheitspactes grundsätzlich zustimme. Es bestehe jedoch über die am Pakt beteiligten Staaten noch keine volle Klarheit. Die italienische Regierung behalte sich vor, ihren endgültigen Standpunkt erst nach Bekanntwerden der deutschen Antwort und der Eröffnung offizieller Verhandlungen genau mitzuteilen. Die Blätter stellen fest, daß die italienische Antwort letzten Endes lediglich eine Empfangsbekätigung darstellt und Italien gewillt ist, sich völlige Bewegungsfreiheit zu sichern.

Die preussische Regierungsfrage

tu. Berlin, 16. Juni. (Drahtb. unseres Berliner Vertreters.) Die Umbildung der preussischen Regierung, die in den letzten Wochen innerhalb der Parteien in unveränderlicher Weise verhandelt worden ist, ist durch die bekannte Stellungnahme der Deutschnationalen, die, wie berichtet, erklärt haben, daß für sie kein Anlaß zu einer erneuten Stellungnahme vorliege, einstweilen vertagt worden. Bekanntlich hatte sich neben dem Zentrum, das von vornherein unter Führung des früheren Reichsaussenministers Marz die Schaffung der Volksgemeinschaft in Preußen anstrebte, auch die Deutsche Volkspartei in den letzten Wochen für die Umbildung der preussischen Regierung auf dieser Grundlage lebhaft eingesetzt. Gerade von dieser Partei ist, was bezeichnend ist, diesmal die Initiative ausgegangen, in Preußen zu einer endgültigen Erledigung der Regierungsfrage zu kommen. Bekanntlich hatte die Deutsche Volkspartei anlässlich der Regierungserklärung durch den preussischen Ministerpräsidenten Braum so viel Mitglieder ihrer Fraktion abkommandiert, daß entgegen den vorausgegangenen Bestimmungen ein Vertrauensvotum für den Ministerpräsidenten Braum und sein Kabinett zustandekam. In diesem Einklang der Deutschen Volkspartei war unzweifelhaft das Bestreben zu erkennen, in Preußen endlich die unfruchtbare Opposition zu verlassen und eine tragbare Umbildung der preussischen Regierung mitzulegen zu helfen. Dieser Versuch ist jetzt an der Haltung der Deutschnationalen gescheitert, an die die Un-

terhändler der Deutschen Volkspartei am Samstag voriger Woche mit dem Ersuchen herangetreten waren, baldigst eine Entscheidung herbeizuführen, ob sie einem Kabinett gegenüber, in dem das Zentrum und die Sozialdemokraten mit je zwei, die Deutsche Volkspartei und die Demokraten mit je einem Minister vertreten sein würden, in das auch zwei der Deutschnationalen naheliegender Beamtenminister ohne Bindung der Fraktion kommen würden, Neutralität beobachten würden. Die Deutschnationalen haben aber auch dieser Anfrage eine Absage erteilt. Damit dürfte die Frage der Umbildung des Kabinetts in Preußen vorerst zu einem gewissen Abbruch gelangt sein. Es ist jedenfalls kaum damit zu rechnen, daß sie vor der Sommervertagung des Preussischen Landtages gelöst werden wird. Auf der anderen Seite sollte sich für die Deutsche Volkspartei aus der ablehnenden Haltung der Deutschnationalen die Konsequenz ergeben, daß unter den bestehenden Verhältnissen die Umbildung der preussischen Regierung nur noch auf der Grundlage der Großen Koalition möglich ist, wie sie bis vor den letzten Neuwahlen in Preußen bestanden hat.

Schreckliches Blutbad bei der Rückeroberung Kantons.

England und Japan an die chinesische Regierung.

tu. Paris, 16. Juni. (Tel.) Die englische Warnungsnote an China enthält, wie aus London gemeldet wird, folgende drei Hauptbestimmungen: 1. Die englischen Soldaten haben erst Feuer gegeben, als ihre Lage von der wütenden Menge bedroht war. 2. Großbritannien hat keine Sondermaßnahmen ergriffen, sondern stets im Einverständnis mit anderen Mächten gehandelt; 3. die chinesischen Behörden übernehmen eine schwere Verantwortung, wenn sie nicht alles tun, was in ihren Kräften steht, um den fremdenfeindlichen Kundgebungen ein Ende zu machen.

Die Note, die der japanische Vertreter in Peking überreicht, fordert die chinesische Regierung auf, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, damit eine Wiederholung der Zwischenfälle von Nanking vermieden werde.

In allen Städten, wo fremdenfeindliche Kundgebungen zum Durchbruch kamen, haben die europäischen Mächte Vorworts-

maßnahmen zum Schutze der Untertanen ergriffen. In Peking werden sämtliche Zugänge zum Legationsgebäude mit Stacheldraht verbarrikadiert und von Maschinen-gewehrbesatzungen bewacht. Englische Kriegsschiffe sind im Hafen von Nanking eingetroffen. Japanische Torpedobootzerstörer fahren den Jangtsekiang hinauf. Die Rückeroberung von Kanton durch die regulären Truppen hatte ein ungeheures Blutbad zur Folge. Die japanischen Soldaten wurden zu Hunderten zu Tode gemartert, andere bei lebendigem Leibe im Schlamm des Flusses ertrickt.

Nach einer Radiomeldung ist im Hafen von Hongkong eine ungeheure Menge von Kriegsmaterial durch die Polizei gefunden worden, das aus Deutschland stammen soll.

Die chinesische Regierung hat den Vertretern der europäischen Mächte mitgeteilt, daß sie nicht in der Lage sei, ihre finanziellen Verpflichtungen zum 25. Juni zu erfüllen.

Zur Lage in China berichtet Havas aus Tientsin: 25 000 Chinesen veranstalteten gestern Abend eine Kundgebung zugunsten der Aufständischen in Schanghai. Die städtische Polizei hielt mit Unterstützung der Truppen des Marshalls Tchangtsoin die Ruhe aufrecht.

Ein Engländer in Schanghai ermordet.

tu. Paris, 16. Juni. (Tel.) Wie „Le Petit Parisien“ aus Schanghai meldet, wurde ein englischer Ingenieur, der im Automobil durch eine Straße in der Nähe der Ausländer-Viertel fuhr, von Chinesen durch Revolvergeschüsse getötet. Die Mörder ergriffen die Flucht.

Schanghai, 16. Juni. (Tel.) Die verhängnisvollen Schüsse, die in der vergangenen Nacht den britischen Ingenieur William Macenzie töteten und seine Begleiterin Miss Duncan verletzten, wurden während einer Automobilfahrt an der Grenze des Fremdenviertels von einigen als Kulis verkleideten Chinesen abgefeuert. Miss Duncan steuerte, obwohl an beiden Armen verletzt, den Wagen weiter, weil sie versuchen wollte, ihrem sterbenden Begleiter ärztliche Hilfe zu bringen. Die Tat wird in hiesigen amtlichen Kreisen als ein absichtlich unternommener Versuch betrachtet, um die Verhandlungen zwischen den Chinesen und den auswärtigen Mächten zu stören und die Erregung wieder neu zu entfachen.

Der 18. Januar als Nationalfeiertag abgelehnt.

Kulturfragen im Reichstag.

tu. Berlin, 16. Juni. (Tel.)

In der heutigen Reichstagsitzung wurde zunächst der Gesetzentwurf über die Depot- und Depozitengeschäfte dem volkswirtschaftlichen Ausschuss zur nachmaligen Beratung überwiesen. Dann wurde die 2. Beratung des Haushalts des Reichsministeriums des Innern bei der Besprechung der Kulturfragen fortgesetzt.

Abg. Runkel (D. Vp.) bedauert, daß der Reichstag für Kulturfragen noch zu wenig Interesse zeige. Er bemängelt die Behandlung der Schulfragen in der Weimarer Verfassung und fordert Bewegungsfreiheit, Gedankenfreiheit und geistige Freiheit auf dem gesamten Kulturbereich. Der Redner spricht die Hoffnung aus, daß sich der Minister als rechter Kultusminister erweisen werde.

Abg. Dr. Moles (Soz.) richtet an den Innenminister die Frage, wie es mit den aus dem Reichsarchiv verwirklichten und verworfenen Marineakten stehe. Bisher sei von dieser Frage immer herungeredet worden. Es sei doch auffällig, daß Herr von Tirpitz nicht die Gelegenheit wahrnehme, von der Tribüne des Reichstages aus die Sache klarzustellen. Es handele sich bekanntlich nicht nur um entworfene Akten, sondern es kommen auch unzulässige Abschriften in Frage.

Abg. Hörnle (Komm.) stellt fest, daß für Kulturzwecke nur ein paar Millionen ausgeworfen seien, für die Postzeit aber nahezu 200 Millionen Mark und bekämpft das Rückwärtsrecht, gegen das die proletarischen Eltern sich zur Wehr setzen sollten.

Abg. Frau Dr. Mäts (D. Vp.) weist auf die starke Gefährdung der sittlichen Einstellung unserer Jugend hin. Freiheit dürfe nicht mit Zuchtlosigkeit verwechselt werden. Zu den Filmprüfungen sollten auch Beiträge aus der Provinz zugezogen werden. Alle Schmutz- und Schundliteratur müsse eingezogen werden. Notwendig sei die

Aufklärung vor der Würde der deutschen Frau.

Die Rednerin fordert Fahrpreisermäßigung für das Jugendwandern. Die religiösen Kräfte im Volke sollten gestärkt werden. Reichsinnenminister Schiele verweist in Beantwortung der Anfrage des Abg. Dr. Moles über die Angelegenheit Tirpitz auf seine Erklärungen im Ausschuss. Die Interpellation könne jeden Tag im Plenum beim Justizministerium behandelt werden. Der Minister geht dann auf die Wünsche und Anregungen der Parteien zur Kulturpolitik ein und versichert, daß die Nordmark bei der Förderung kultureller Bestrebungen nicht zu kurz kommen werde. Auf dem Gebiete der

sporadischen Erziehung und Erhellung unserer Jugend seien gerade in letzter Zeit bedeutsame Erfolge aufzuweisen.

Auch Jugendwanderungen werde er nach Möglichkeit seine Förderung angedeihen lassen. Der Minister kündigt eine Reihe von Gesetzen zum Schutze der Jugend an und macht Mitteilung von einer vorläufigen Regelung zur Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur. Auf dem Gebiete des Schulwesens sei jede unnütze Zentralisation abzulehnen. Namentlich auf dem Gebiete der Lehrerbildung müsse unter Verwertung der in den Ländern gemachten Erfahrungen auf eine Einheitlichkeit im Reiche hingewirkt werden. Der Minister hofft, daß der großen

Junglehre

mit den bereitgestellten Mitteln abgeholfen werden könne. Die Notlage des akademischen Nachwuchses muß gemildert werden. Das Volk müsse in seinen geistigen Grundfesten gestärkt werden.

Abg. Dr. Schreiber (Frp.) bedauert die schwache Beteiligung des Reichstages bei dieser wichtigen Kulturdebatte. (Zurufe: Es wird noch schlimmer werden!) Die großen Erzeugnisse der letzten Zeit, die Tagung des Börsenvereins in Leipzig, der Bau des Hauses des Deutschen in Stuttgart hätten im Reichstage nur ein schwaches Echo gefunden. Die Wirtschaft kann sich nur durchsetzen auf dem gesicherten Boden der deutschen Geisteskultur. Die Länder sollen gleichberechtigt mit der Kulturpolitik des Reiches sein. Alle Kräfte sollen mitwirken, um neue Erzeugnisse zu sichern. Der Redner verweist dann auf:

Die Bedeutung des Handwerks und die Pflege der Heimatkunst. Der Redner lehnt die kommunistischen Ausführungen über die Volksschulen ab. Die deutsche Lehrerschaft verbitte sich den Ausbruch: Prügelsschule!

Abg. Dr. Heuk (Dem.) erklärt, notwendig sei ferner ein Berufsschulgesetz und fragt, wann eigentlich der Reichsschulsausschuss für die kommenden großen Gesetzesarbeiten geschaffen werde.

Abg. Frau Lang-Brumann (Bayer. Vp.) fordert Vorlage einer neuen Gewerbeordnung. Kunst solle nicht unter den Gewerbebegriff fallen. Sie wendet sich weiter gegen Auswüchse des Filmwesens. Die Filme dienen nicht der Volksbildung, sondern der Volkserziehung. Zur Frage des Nationalfeiertages erklärt die Rednerin, daß die Landwirtschaft einen Feiertag in der Erntezeit im August nicht wünsche.

Abg. Künstler (Soz.) erhebt Einspruch gegen

die vielen historischen Filme, die nur nationalstiftliche Tendenzen tragen. Auf einmal würden überall Soldatenfilme gespielt. Das sei eine bestimmte Tendenz. Damit schließt die Debatte. Ohne Aussprache überweist das Haus an den Reichsausschuss eine Gesetzesvorlage über die Erweiterung der Befugnisse des Reichspräsidenten und einen Antrag der Sozialdemokraten auf Vorlegung des

Ausführungsgebot zum Artikel 48 der Reichsverfassung. Es wird dann über den Antrag des Haushaltsausschusses abgestimmt, den 18. Januar zum Nationalfeiertag zu bestimmen.

Für den Antrag erheben sich nur die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Wölkischen und ein Teil der Wirtschaftlichen Vereinigung. Als der Präsident erklärt, daß über die Mehrheit keine Klarheit bestehe und Auszählung erfolgen müsse, entsetzt auf der Linken ein Sturm der Entrüstung, der sich besonders gegen den Abg. Philipp (Dnall.) richtet. Der Antrag wird darauf durch Auszählung mit 193 gegen 138 Stimmen abgelehnt.

Bei der Verkündung dieses Ergebnisses entsteht auf der Linken wiederum große Unruhe. Abg. Ditzmann (Soz.) eilt auf die Rednertribüne und protestiert gegen das Verhalten des Schriftführers Philipp (Dnall.). Durch seinen Zweifel sei diese unnötige Auszählung erst veranlaßt worden. (Andauernde Unruhe im ganzen Hause.) Der Redner erklärt, seine Fraktion werde sich das nicht länger gefallen lassen. (Stürmische Zurufe auf allen Seiten.)

Präsident Loebe sucht den Sturm einzudämmen mit dem Hinweis, daß solche Irrtümer schon mehrfach vorgekommen sind. Abg. Hillein (Komm.) beantragt, dem Schriftführer Philipp auf Reklamation eine große Brille anzuschaffen. (Heiterkeit.)

Weitere Anträge auf Einsetzung eines Nationalfeiertages und auf Schutz der Feiertage werden dem Rechtsausschuß überwiesen. Angenommen wird ein interfraktioneller Antrag, im Etat einen neuen Titel einzuführen, der für kulturelle, insbesondere kirchliche Zwecke, 1 Million Mark einsetzt. Das Haus bewilligt den Rest des Etats des Staats des Innern in zweiter Lesung mit Ausnahme der Kapitel Reichskommissar für die öffentliche Ordnung, Polizei und Technische Notdienste. Ueber diese letzteren Kapitel eröffnet

Abg. Schmidt-Röpench (Soz.) die Debatte. Der Redner beantragt die Streichung der Mittel für die Technische Notdienste. Sämtliche Gewerkschaften hätten in einer Eingabe an die Regierung darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaften im Falle eines Streikes die Notstandsarbeiten selbst vornehmen lassen würden. Die Nothilfe sei daher überflüssig.

Nach 7 Uhr abends vertagt sich das Haus auf Mittwoch 24 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die erste und zweite Beratung eines Gesetzentwurfes über die Hinausschiebung der Vermögenssteuererhöhungen und die Weiterberatung des Innenministers.

Die Ernennung der Reichsbeamten.

Ein Schreiben Hindenburgs an Dr. Stresemann.

tu. Berlin, 16. Juni. (Tel.) Wie im „Berliner Tageblatt“ mitgeteilt wird, hat Reichspräsident von Hindenburg an den Reichsaussenminister Stresemann ein Schreiben gerichtet, in welchem er dem Sinne nach ausführt, daß er — der Reichspräsident — von dem ihm nach der Verfassung zustehenden Rechte zur Ernennung der Reichsbeamten, insbesondere der Beamten des auswärtigen Dienstes, vollen Gebrauch zu machen beabsichtige. Es dürfe deshalb den einzelnen Beamten in Zukunft nicht eröffnet werden, daß sie für irgend einen Posten in Aussicht genommen seien, bevor der Reichspräsident sich hierzu nicht geäußert habe.

Die steuerliche Belastung in Deutschland.

w. Berlin, 16. Juni. (Tel.) Im Steuerauschuß des Reichstages wies Staatssekretär Popitz dem Reichsfinanzministerium darauf hin, daß nach englischen Berechnungen das Steueraufkommen in England 18 Prozent des Volkseinkommens beträgt. In Deutschland beträgt das Steueraufkommen über 25 Prozent des Volkseinkommens. Man sieht also deutlich, so erklärte der Staatssekretär weiter, um wieviel schwerer Deutschlands steuerliche Belastung ist als Englands. Dabei muß man sich vergegenwärtigen, welche ungeheuren Reichthümer sich in England aufgehäuft haben. Nach englischen Statistiken hatten im letzten Jahre in England 35 000 Personen ein Einkommen von insgesamt 541 Millionen englischen Pfund. Das ist für die deutschen Begriffe märchenhaft. Bei solchen Verhältnissen der Lebenslage mit den absoluten Ziffern einen Vergleich zu ziehen, ist unmöglich. Die deutschen Steuern müssen ohne Rücksicht auf alle Vergleiche so gestaltet werden, daß sie die Wirtschaft in gerechter und tragbarer Weise entlasten.

Vertreter der Studentenschaft beim Reichspräsidenten.

w. Berlin, 16. Juni. (Tel.) Der Reichspräsident empfing eine Abordnung von Vertretern der deutschen akademischen Jugend und der Wirtschaftshilfe der deutschen Studentenschaft. Der Vorherrscher der deutschen Studentenschaft, cand. jur. Bauer, überbrachte die Grüße der deutschen Studierenden Jugend und ihr Gelübnis treuer Mitarbeiter im Dienste des Vaterlandes. Dann gab der Reichspräsident der Wirtschaftshilfe der deutschen Studentenschaft, Professor Schling, einen kurzen Überblick über die Arbeit und den Aufbau der Wirtschaftshilfe der deutschen Studentenschaft, er dankte dem Reichspräsidenten für sein dieser Bewegung stets bewiesenes Wohlwollen und bat ihn, dieses auch in Zukunft zu erhalten.

Der Reichspräsident erwiderte mit folgenden Worten: Meine sehr verehrten Herren! Ich freue mich, Sie bei mir zu sehen und danke Ihnen für ihre Glückwünsche und interessanten Mitteilungen. Mein warmes Interesse hat stets der deutschen Studierenden Jugend gehört. Sie hat unter den Schwierigkeiten der letzten Jahre besonders stark gelitten. Daß die deutsche Studentenschaft größtenteils aus eigener Kraft durch die schweren Jahre der Nachkriegszeit gekommen ist, beweist den guten deutschen Geist, der in ihr steckt. Ich weiß, daß die Zeiten der Not noch nicht ganz hinter uns liegen. Aber das bisher Erreichte läßt uns hoffen, daß wir sie völlig überwinden werden. Was ich dazu beitragen kann, soll gern geschehen. Ich gebe meiner Freude darüber Ausdruck, daß Sie hier die Gesamtheit der deutschen Studentenschaft in allen ihren verschiedenen Richtungen vertreten und somit ihren Willen zur Zusammenfassung, zur Einigkeit und zum Festhalten geben. Pflegen und festigen Sie diese Einigkeit, die allein die Grundlage für die Zukunft unseres Volkes ist! Stellen Sie stets das Vaterland über die Partei und Weltanschauung! Dann werden Sie, die akademische Jugend, eine bessere Zukunft unseres Volkes sehen.

Der Aufsichtsrat der Germania.

tu. Berlin, 16. Juni. (Drahtb.) Unseres Berliner Vertreters, der Aufsichtsrat der „Germania-A.G.“, deren Generalversammlung vor einigen Wochen die Neuwahl des Aufsichtsrates vorgenommen hat, wobei eine Anzahl Persönlichkeiten nicht wiedergewählt wurde, veröffentlicht aus Anlaß ihrer am Dienstag abgehaltenen neuen Generalversammlung folgende Erklärung: In der heutigen Generalversammlung der Germania-A.G. bestand Einstimmigkeit darüber, den Aufsichtsrat durch einen der Berliner Lokalpartei genehmen Herrn zu verstärken. Da bedauerlicherweise ein Bevoll-

Painlevé berichtet über Marokko.

Schwere Kämpfe.

tu. Paris, 16. Juni. (Tel.) Der französische Ministerpräsident ist heute morgen wieder in Paris eingetroffen. Painlevé begab sich sofort zu einem Ministerrat ins Elisee. Der Ministerrat hörte in erster Linie den Bericht Painlevés über seine Marokkoreise. Er beschäftigte sich weiter mit der parlamentarischen Lage, wie sie durch die Haltung der Sozialisten und eines Teiles der Radikalsozialisten geschaffen ist. Die Aussichten, daß ein Bruch vermieden werden könnte, wären heute außerordentlich gering.

tu. Paris, 16. Juni. (Tel.) Das Kommuniqué über den Ministerrat besagt, daß die Blockade der Riffküste durch gemischte Einheiten der französischen und spanischen Flotte heute bereits begonnen hat. Painlevé gab in der Sitzung eine Erklärung ab, nach der Frankreich und Spanien ein vorläufiges Abkommen zur Unterbindung des Waffenschmuggels und zur Überwachung der Riffküste unterzeichnet haben. Dieses Abkommen soll in ein dauerndes Übereinkommen verwandelt werden. Eine Erklärung vor der Kammer werde er nicht abgeben; er könne nur die Mittelstellung machen, daß er dem Parlament mit Auskünften zur Verfügung stehe. Die Kredite, die vom Parlament angefordert werden sollen, würden zur Einrichtung von neuen Flugzeugen und für die Beschaffung von weiteren Artilleriematerialien benutzt werden. Die nach Marokko abgehenden Truppen werden die vorderste Kampflinie einnehmen, damit die zur Zeit kämpfenden Truppen in Ruhestellungen

mächtiger der Berliner Partei in der Generalversammlung nicht anwesend war, gelang es indessen nicht, zu einem Beschlusse des zuwählenden Vertreters zu gelangen. Aus diesem Grunde wurde vorläufig von der Wahl Abstand genommen.

Reichsregierung und Jahraufendfeier.

w. Berlin, 16. Juni. (Drahtb.) Der Reichskanzler hat bei der offiziellen Jahraufendfeier in Düsseldorf am nächsten Donnerstag auch in besonderer Vertretung des Reichspräsidenten eine Ansprache namens des Reiches zu halten. An der für Freitag und Samstag geplanten Vereisung des Rheins mit Booten in Köln und Koblenz werden der Reichsminister für die besetzten Gebiete Dr. Frenken, und außerdem der Reichsminister Dr. Brauns und Schiele teilnehmen, während die Fülle der innen- und außenpolitischen Angelegenheiten den Reichskanzler zur sofortigen Rückkehr in die Hauptstadt nötigt. Für den 28. Juni hat der Reichskanzler eine Einladung der Stadt Mainz zur Jahraufendfeier angenommen.

Keine Aufwertung kurzfristiger Darlehen.

w. Berlin, 16. Juni. (Drahtb.) Im Aufwertungsausschuß des Reichstages verneinte der Reichsbankpräsident die Anfrage, ob die Reichsbank eine Aufwertung der in der ganzen Zeit garantierten kurzfristigen Darlehen für möglich halte. Die von der Privatwirtschaft aufgeworfenen Kredite, so führte Dr. Schacht weiter aus, sind bis Mitte 1922 nicht erheblich gewesen. Sie seien nur geringfügig gegenüber den Krediten, die das Reich durch Ausgabe kurzfristiger Schatzwechsel übernommen hätte. Er veranschaulichte deutlich, wie das Reich, das durch die außerordentliche Vermehrung seiner schwebenden Schuld die Hauptquelle der Inflation gewesen sei.

Tirpitz und das Reichsarchiv.

* Berlin, 16. Juni. In der gestrigen Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages beim Kapitel Reichsarchiv erklärte Reichsaussenminister Schiele auf eine Anfrage des Abg. Dr. Moses (Soz.) wegen der Angriffe Thimmes auf Herrn v. Tirpitz wegen angeblicher unberechtigter Benutzung der Archivalien zu persönlichen Zwecken, daß das Reichsarchivamt sich nicht mit der Angelegenheit von Tirpitz befaßt, sondern nach Kabinettsbefehl dem Reichsjustizamt zur Erledigung überwiesen worden ist. Dieses werde auch im Plenum die in dieser Angelegenheit gestellten Interpellationen beantwortet.

Der Präsident des Reichsarchivs, Herz, versicherte ausdrücklich, daß Herr v. Tirpitz mit dem Reichsarchiv nicht in Verbindung getreten sei. Er habe ihm weder Akten entnommen, noch irgendwelche Abschriften erhalten.

Ein neues griechisches Kabinett.

* Athen, 16. Juni. Ein neues griechisches Kabinett ist endgültig gebildet worden. Michalakopoulos ist Ministerpräsident und Außenminister. Die übrigen Mitglieder gehörten mit Ausnahme von zwei bereits dem früheren Ministerium an. Da alle Rechtsgruppen ihre Unterstützung zugesagt haben, ist das Kabinett sicher, eine Mehrheit zu finden.

Neue Verstimmung zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten.

* London, 16. Juni. (Drahtb.) Zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko ist ein ernsthafter Konflikt ausgebrochen. Staatssekretär Kellogg hat erklärt, daß Amerika der mexikanischen Regierung weitere Unterstützung nur gewähren werde, wenn sie ihre Verpflichtungen erfülle und das Eigentum der amerikanischen Bürger schütze. Der mexikanische Präsident Calles hat darauf durch den Washingtoner mexikanischen Botschafter erklären lassen, daß er die Verletzung des amerikanischen Staatsgebietes als Beleidigung ansehe und nicht daran denke, sein internationales Verhalten von den Forderungen anderer Länder abhängig zu machen. Ueber diese Verletzung ist man wiederum in Washington sehr erregt.

Von Nah und Fern.

Eine Reichsbannertragung.

tu. Berlin, 16. Juni. (Tel.) Am 8. und 9. August findet in Berlin ein Großdeutscher Tag des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold statt. Am Samstag wird im Landesausschussesparlament am Lehrter Bahnhof ein Empfang und auf der Spielwiese in Treptow eine Festversammlung mit Bannerweihen stattfinden.

Der tägliche Zusammenstoß in Berlin.

w. Berlin, 16. Juni. (Drahtb.) In der Brückenstraße, unweit „Kaiser Stern“, erfolgte ein Zusammenstoß zwischen einem Krankenautomobil und einer Elektrischen. Durch den starken Anprall wurden beide Wagen beschädigt. Infolge Glassplitter wurden zwei Personen erheblich und zwei leichter verletzt.

Vorläufig keine Schulgelehrtenprüfung.

w. Berlin, 16. Juni. (Drahtb.) Gegenüber den immer wieder in der Presse auftauchenden Meldungen über eine geplante Erhöhung des Schulgeldes in den höheren Schulen Preußens, stellte, wie der Amtliche Preussische Pressedienst mit-

zurückkehren können. Eine Finanzdebatte solle so schnell wie möglich erfolgen. Er werde nach seiner Besprechung mit Abordnung des Kartells sich über ein bestimmtes Datum für die Debatte einigen. — In der Ministerratssitzung gab ferner der Finanzminister ein Exposé über die Finanzlage.

tu. Madrid, 16. Juni. (Tel.) Aus Laredo wird gemeldet, daß an der gesamten französischen Front in Marokko schwere Kämpfe stattfinden. Die Lage der Franzosen bei Taunat soll alarmierend sein. Sie werden hier von den Höhen beschossen und gehen zurück.

* Paris, 16. Juni. (Tel.) Nach „Petit Journal“ ist bestimmt damit zu rechnen, daß General Weygand, der frühere Statthalter von Syrien, als Oberbefehlshaber nach Marokko entsandt wird.

Kritische Lage des Kabinetts Painlevé.

tu. Paris, 16. Juni. (Tel.) Wenn man in hiesigen politischen Kreisen von der Kammerentscheidung über die Finanzpläne Caillaux auch keine Gefährdung des Kabinetts Painlevé erwartet, so wird doch die Ansicht immer bestimmter ausgesprochen, daß die Abstimung über die Wahlreform, bei der die Opposition gegen die Radikalen Stellung nehmen und die Sozialisten gegen die Regierung stimmen werden, den Sturz der Regierung zur Folge haben müsse. Die Reichspresse sieht einen endgültigen Sturz des Kabinetts Painlevé für Ende dieser Woche voraus. Auch die linksstehenden Blätter halten die Lage der Regierung für sehr kritisch.

teilt, der Kultusminister in seiner Antwort auf eine Anfrage im Preussischen Landtag fest, daß zur Zeit Erhebungen darüber schweben, die noch nicht abgeschlossen sind.

Schreckstat einer Mutter.

* Augsburg, 16. Juni. Ihrer Kinder überdrüssig, zertrümmerte die 40 Jahre alte Eisenbahnbeamtenwitwe Probst in Mühldorf bei Mühldorf am Inn ihrem schlafenden sechsjährigen Töchterchen mit einem Küchengrad den Schädel und schnitt ihm dann den Hals ab. Ihre zweite, 13 Jahre alte Tochter entging nur durch Flucht dem gleichen Schicksal. Die Rabenmutter wurde verhaftet und ins Gefängnis eingeliefert.

General v. Deimling wegen Beleidigung verurteilt.

tu. Kassel, 16. Juni. (Tel.) Vor dem hiesigen Amtsgericht wurde heute eine Beleidigungsklage des Jungdeutschen Ordens gegen General v. Deimling verhandelt. Dieser hatte im Reichstagswahlkampf im November 1924 in einer Wahlversammlung zu Kassel behauptet, daß der Jungdeutsche Orden eine von der Reaktion besetzte Organisation sei. Das Urteil lautete gegen General von Deimling auf eine Geldstrafe von 100 Mark oder 10 Tage Gefängnis.

Das historische Jagdschloßchen am Niederwaldbentmal abgebrannt.

tu. Berlin, 16. Juni. (Tel.) Das alte historische Jagdschloßchen am Niederwaldbentmal am Rhein, das seit jeher ein viel aufgesuchter Ort für Touristen und Reisende aus allen Gegenden Deutschlands war, ist vollständig niedergebrannt.

Schwere Unglücke bei der Eifel-Jahrt.

w. Koblenz, 16. Juni. (Drahtb.) Auf der Rundfahrt durch die Eifel übertrug sich heute früh ein M.-G.-Wagen, dessen Führer Schreyen aus Linber (Rheinland) einen Schußwund erlitt, während der Beifahrer, Ingenieur Weschen, tödlich verletzt wurde. Ferner verunglückte ein 18-60-PS-Motorwagen durch Plagen eines Hinterreifens. Der Führer und Mitfahrer wurden beide verletzt.

Ein französischer Fesselballon explodiert.

* Paris, 16. Juni. (Tel.) Ein französischer Fesselballon, der auf dem Autoplatz bei Koblenz bei Mandern verankert wurde, explodierte aus unbekannter Ursache. 15 Soldaten erlitten schwere Brandwunden. Fünf von ihnen sind bereits den Verletzungen erlegen.

Schweres Eisenbahnunglück in Amerika.

w. New York (New Jersey), 16. Juni. (Tel.) Ein aus 10 Wagen bestehender Zug, der hauptsächlich aus Reisenden bestand, war, die auf dem Wege nach New York waren, um sich zu einer Versammlungsreise nach Deutschland einzufächeln, entgleiste bei einem heftigen Ungewitter. Acht Personen wurden getötet und 42 verletzt. Der erste Wagen vorn wurde umgeworfen, ebenso die Lokomotive, die explodierte. Von dem ausströmenden Dampf wurden das Personal und die Reisenden verbrüht, die sich nur zum Teil retten konnten.

Die letzten Meldungen.

Rücktritt der oldenburgischen Regierung.

* Oldenburg, 16. Juni. (Tel.) In der heutigen Sitzung des oldenburgischen Landtages erklärte Ministerpräsident von Fink, daß sein Ministerium, um klare Verhältnisse zu schaffen, den Rücktritt erkläre. Zum Landtagspräsidenten wurde der frühere Ministerpräsident Abg. Schröder gewählt. Die Parteien sind sich über die Bildung einer politischen Regierung noch nicht einig geworden. Die Verhandlungen dauern noch an.

Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen.

tu. Paris, 16. Juni. (Tel.) „Petit Parisien“ berichtet über den Stand der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen: über 1. Saargebiet-Regime, 2. Schifffahrt, 3. Seide, 4. Automobile sei eine Einigung erzielt worden. In der Frage der Eisen- und Feinmechanikzölle habe man noch zu keinem Einvernehmen kommen können. Man habe auf französischer Seite den Eindruck gewonnen, daß Staatssekretär Trendelenburg und Wirtschaftsminister Chaumet nur auf dem Wege einer persönlichen Aussprache eine Verständigung herbeiführen können.

Markt- und Frankenschlußnotierungen.

h. New York, 16. Juni. (Funkdruck.) Schlußkurs der Markt, 28,90; 100 Franken = 4,76 1/2 Dollar.

Baumwollnotierungen.

h. Bremen, 16. Juni. (Funkdruck.) Schlußnotierungen: Juli 25,45—32; Sept. 25,39—32; Okt. 25,04—24,93; Jan. 24,94 bis 84; März 25,25—24,96; Mai 25,09—24,98.

h. Liverpool, 16. Juni. (Drahtb.) Umsatz 8000; Import 18 700; Export 1000. Schlußnotierungen: Loco 18,59; Juni 12,98; Juli 12,86; August 12,72; Sept. 12,57; Okt. 12,50; Nov. 12,32; Dez. 12,30; Jan. 12,28; Febr. 12,29; März 12,30; April 12,30; Mai 12,32.

h. New York, 16. Juni. (Funkdruck.) Tendenz: Stetig. Schlußnotierungen: Loco 24,50; Juli 23,71—73; August 23,62 bis 62; Sept. 23,55—55; Okt. 23,50—51; Dez. 23,48—70; März 23,22—25; April 23,50—50; Mai 23,57—57; Juni 23,67—68.

Getreidenotierungen.

h. Chicago, 16. Juni. (Funkdruck.) Schlußnotierungen: Weizen: Juli 140 1/4; Sept. 147 1/4; Dez. 149 1/4; Jan. 148 1/4; Juli 108; Sept. 108 1/2; Dez. 108 1/2; ruhig. Hafer: Juli 48; Sept. 48 1/2; Dez. 51 1/2; wüßig. Roggen: Juli 103; Sept. 103 1/4; Dez. 106 1/4; flau.

m. Krieges
kämpfer des
würbige, lün
berein St. Ja
herorgegan
Sie macht de
weiteren Krei
machen. So
Berein föm
fallenen Mi
richtet zu ha
Patronatsst
3. Angli
18jährige Sol
ber am Kreu
beträchtlich
zum Kranken
3. Pöbl
ber am Moni
zurückkehrte
insolge eines
nachts schrei
darauf samt
a. Steuer
tag, den 17.
amtes Vortr
immer der
a. Gemein
des neuen S
bezüglich der
treibenden U
leitungsgege
schaftsfeuer r
wenn der fü
abschnitt der
und Körperf
den Monat V
Borausablu
der Jungdeu
steuer ist die
aufgehoben, v
feste Betrag
reits gezahlt
Mai nach der
hat er im Ju
gülich der L
Diese ist also
Böhen zu be
e. Konjunkt
24. Mai, vor
Paulus die
stehende des
die Verfammi
den Schicksal
gezeichnete die
mossenschaft
unter Hintan
nur möglich
Beschaffungs
die Genossen
gebiert, hierb
glieber, die w
zugsquelle be
langten, hätte
kimmert und
ke in der An
Herdurch wa
namentlich zu
durch die ung
viel zu hoch.
schaft über di
Reichthümlich
schaftlichem D
zielen können.
alle Waren in
sichtigung der
handel. Eben
und nach em
Mitgliedes be
zahl betrug
4 Millionen
allen Vertrete
Ausdruck, die
sollen in alle
Genossenschaft

Aus der Heimat.

Bocholt, den 17. Juni 1925.

m. Kriegergedenktafel. Seit einigen Tagen ist im Schaufenster des Herrn Viktor Müller, Nordstraße eine einfache, würdige, künstlerische Gedenktafel ausgestellt, die der Arbeiterverein St. Josef seinen gefallenen Mitgliedern widmet. Sie ist hervorgegangen aus dem Atelier des Herrn Bildhauers Weinm. Sie macht dem Künstler alle Ehre und ist wohl geeignet, ihn in weiteren Kreisen unserer heimischen Bevölkerung bekannt zu machen. Sowohl der Künstler als auch der austragende Verein können stolz sein, durch ein solches Kunstwerk den gefallenen Mitgliedern des Vereins ein würdiges Denkmal errichtet zu haben. Die feierliche Enthüllung findet am diesjährigen Patronatsfest, am Sonntag, den 5. Juli, statt.

3. Unglücksfall. Am Montag Nachmittag stürzte der 18jährige Sohn der Familie Losche, Krichlingweg, auf einen der am Kreuzberg stehenden Eichbäume. Dabei stürzte er aus beträchtlicher Höhe ab und trug einen Armbruch davon. Er wurde zum Krankenhaus gebracht.

3. Plötzlicher Tod. Ein junger Mann aus der Stiftstraße, der am Montag Abend noch gesund von der Arbeit nach Hause zurückkehrte und sich gegen 10 Uhr schlafen legte, ist in der Nacht infolge eines Herzschlages plötzlich verstorben. Als man ihn nachts schreien hörte, eilte der Vater in das Zimmer, und sofort darauf fand ihn der Sohn tot in der Arme.

a. Steuerbescheid des Finanzamtes Borken. Am Donnerstag, den 17. Juni d. Mts. findet der Steuerbescheid des Finanzamtes Borken im Verwaltungsgebäude, Raardstraße 4 (Borjimmer der städtischen Bibliothek) statt.

a. Gewerbesteuerbescheid im Juni. Nach dem Erlaß des neuen Steuerüberleitungsgesetzes vom 29. Mai 1925 scheinen bezüglich der Gewerbesteuerbescheide im Juni und den Gewerbetreibenden Unklarheiten zu bestehen. Auf Grund des Überleitungsgesetzes gibt es künftig auf Einkommensteuer- und Körperschaftsteuer nur noch vierteljährliche Vorauszahlungen, auch wenn der für die Umsatzsteuer maßgebende Vorauszahlungsabschnitt der Monat ist. Es fällt also für die Einkommensteuer und Körperschaftsteuer die Monatsvorauszahlung im Juni für den Monat Mai aus und ist erst am 10. Juli zusammen mit der Vorauszahlung für den Juni zu bewirken. Mit diesem Fortfall der Juniabgabe auf die Einkommensteuer bzw. Körperschaftsteuer ist die Gewerbesteuerbescheid im Monat Juni nicht aufgehoben, vielmehr ist als Gewerbesteuerbescheid im Juni derselbe Betrag zu zahlen, der im Mai nach dem Monat April bereits gezahlt worden ist. Hat also ein Gewerbetreibender im Mai nach dem Monat April 100 Mark Ertragssteuer gezahlt, so hat er im Juni ebenfalls 100 Mark Ertragssteuer zu zahlen. Bezüglich der Lohnsummensteuer ist keine Änderung eingetreten. Diese ist also im Juni nach den im Mai gezahlten Gehältern und Löhnen zu berechnen und zu zahlen.

e. Konsum-Genossenschaft „Eintracht“ e. G. m. b. H. Am 24. Mai, vorm. 11 Uhr fand im kath. Arbeitervereinssaale St. Paulus die ordentliche Generalversammlung statt. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Herr Joh. Hüls, eröffnete und leitete die Versammlung. Der Geschäftsführer, Herr Ebbing, erstattete den Geschäftsbericht über das 15. Geschäftsjahr (1924). Er bezeichnete dieses als das ungünstigste in der Geschichte der Genossenschaft. In der Inflationszeit habe die Genossenschaft unter Hintanhaltung ihrer eigenen Existenzfragen so weit wie nur möglich Lebensmittel beschafft und stets unter dem Wiederbeschaffungspreis an die Mitglieder abgegeben. Hierdurch habe die Genossenschaft weiten Volksteilen in den Zeiten größter Not geholfen, hierbei aber ihr Betriebskapital eingebüßt. Viele Mitglieder, die während dieser Zeit die Genossenschaft als billige Bezugsquelle benutzten und vielfach Unmögliches von ihr verlangten, hätten sich nach der Stabilisierung nicht mehr um sie gekümmert und ihre Waren beim privaten Händler gekauft, auf den sie in der Inflationszeit oft nicht genug schimpfen konnten. Hierdurch war der Umsatz im abgelaufenen Geschäftsjahr und namentlich zu Anfang viel zu niedrig, die Unkosten dagegen, durch die ungeheure hohen Zinsen für geliehenes Betriebskapital viel zu hoch. Die Verwaltung hatte alle Mühe, die Genossenschaft über diese schwierige Zeit hinweg zu bringen. Mit Rücksicht hätten die Mitglieder, bei einigermaßen genossenschaftlichem Denken und Wollen ein besseres Geschäftsergebnis erzielen können. Notwendig für die Zukunft wäre auch jetzt noch, alle Waren im eigenen Geschäft zu holen, das unter Berücksichtigung der Warenqualität billiger sei, als der private Kleinhandel. Ebenso müsse jedes Mitglied, dem es möglich ist, nach und nach etwas auf den Geschäftsanteil, der doch Eigentum des Mitgliedes bleibt und verzinst wird, einzahlen. Die Mitgliederzahl betrug bei Geschäftsjahresende 10 822, der Umsatz ca. 1/2 Millionen Mark. Nach dem einstündigen Vortrage kam von allen Vertretern der Verkaufsstellen einstimmig der Wille zum Ausdruck, die Genossenschaft mehr als bisher zu fördern. Hierzu sollen in allen Verkaufsstellen Vertrauensmänner helfen. Die Genossenschaft sei in der Zeit der großkapitalistischen Kartell- und

Trustbestrebungen notwendiger denn je. Der Kassierer, Herr Gehner, legte sodann die Bilanz vor, die in Aktiva und Passiva mit 190 825,61 Mark abschließt. Von einem Ueberschuß konnte aus den im Berichtsjahr erwähnten Gründen keine Rede sein und deshalb ist für das verfloßene Jahr eine Rückvergütung auch nicht möglich. Für das laufende Jahr kann sie in Aussicht gestellt werden, wenn alle Mitglieder ihre genossenschaftliche Pflicht erfüllen. Der Verwaltung wurde einstimmig Entlastung erteilt und der in der Bilanz nachgewiesene Ueberschuß von 2 525,49 M. einem Aufwertungsfonds zugeschrieben. Ferner wurde beschlossen, sich an der vom Reichsverband einzuführenden Sterbekasse zu beteiligen und hierfür durch die Vertrauensleute Propaganda zu machen. Anmeldungen hierfür können in den Verkaufsstellen erfolgen. Die auch in der Diskussion anregend verlaufene Versammlung fand dann gegen 1 1/2 Uhr ihr Ende.

1. Christlicher Metallarbeiterverband. Der Christliche Metallarbeiterverband hielt am Sonntag seine Mitgliederversammlung ab, die gut besucht war. Nach Erlebigung der Delegiertenwahl zur Verbandsgeneralversammlung in Osnabrück und Aufstellung von Anträgen wurde der Hauptpunkt der Tagesordnung: Stellungnahme zur Kündigung des Lohnstarifes zum 1. Juli 1925 eingehend behandelt. Die letzte Lohnherhöhung vom 1. 4. 1925, die durch Schiedspruch zustande kam, hatte die Metallarbeiter nicht zufrieden gestellt. Wie doch der Facharbeiterlohn mit 60 Pfg. und der Hilfsarbeiterlohn mit 48 Pfg. unter den Löhnen gleichartiger Industriebetriebe. Nach langer und sachlicher Aussprache wurde die Meinung der Versammlung in einer einstimmig angenommenen Entschließung niedergelegt. Die Entschließung lautet: „Angesichts der Tatsache, daß die Metallarbeiter des Niederrheins wohl den niedrigsten Lohnstarif haben, verlangt die Mitgliederversammlung des Christlichen Metallarbeiterverbandes die Kündigung des Lohnstarifes und beauftragt die Organisationsleitung, alle Schritte zu unternehmen, um eine Erhöhung des Lohnstarifes zu bekommen“. Zum Schluß der Versammlung wurden noch einige Organisationsfragen besprochen. Es ist eine gute Mitgliederzunahme festzustellen, insbesondere in der letzten Zeit.

GESCHÄFTS-WEISHEIT

Den richtigen Mann an die richtige Stelle,
Das richtige Angebot an die richtige Stelle.

Alle Inserate in das
BOCHOLTER VOLKSBLATT

3. Werth, 16. Juni. Autoverkehr Rees—Werth. Wie bereits vor einiger Zeit mitgeteilt wurde, beabsichtigt die Post einen Autoverkehr Rees — Haltern — Wertherbruch — Werth einzurichten. Die Wagen sollen in Rees stationiert werden. Die für die Fahrten erforderlichen Garantiesummen werden seitens der Post von den einzelnen Gemeinden verlangt. Das Stadtvorordneten-Kollegium der Stadt Rees hat die auf Rees entfallende Summe in seiner letzten Sitzung am vergangenen Freitag bewilligt unter Hinweis auf die Notwendigkeit der Inbetriebsetzung einer derartigen Linie. Dasselbe gilt auch für die hiesige Gemeinde, die bisher mit Haltern und Rees überhaupt keine direkte Verkehrsmöglichkeit hat. Willst du wäre es zweckmäßig, die geplante Linie bis Bocholt durchzuführen, da die hiesige Bevölkerung seit der Einstellung des Autoverkehrs Bocholt — Emmerich wieder allein auf die von Zeit zu Zeit verkehrenden Züge angewiesen ist.

*** Dorsten, 16. Juni. Waldbrand.** In den Wäldungen des Reichsgrafen von Merode, und zwar an der Chaussee Wulfen — Alshornbeek war am Sonntag Nachmittag ein Feuer ausgebrochen, das infolge der Trockenheit sehr schnell um sich griff und sich auf eine große Fläche ausdehnte. Die Feuerwehren der Stadt Dorsten und der Herrlichkeit Vemde wurden sofort alarmiert und erschienen auch nach kurzer Zeit an der Brandstelle und nahmen gemeinschaftlich den Kampf gegen den Brand auf. Nach einigen Stunden harter Arbeit war es gelungen, dem Weitergreifen des Feuers Einhalt zu gebieten. Man muß mit allem Lob das rasche Erscheinen und tatkräftige Arbeiten der Feuerwehren anerkennen. Auf welche Weise das Feuer entstanden ist, konnte bis jetzt nicht in Erfahrung gebracht werden. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß Besucher des Waldes glimmende Zigarrenstummel fortgeworfen haben.

Aus dem Kreise Rees.

3. Mülheim, 16. Juni. Die Bürgermeisterei. Die vielbegehrte Bürgermeisterei soll nun neu besetzt werden. Sieben Bewerber sind in die engere Wahl gekommen, davon sind fünf als ausgeschlossen zu betrachten. Demnächst wird über die endgültige Besetzung der Stelle entschieden.

Jetzt ist der Zeitpunkt da.

ma aus der Wohltat des hiegehaltigen, mit Kohle beheizten Küchenherdes eine Plage wird und sich die Hausfrau nach der kühlen, reinlichen und praktischen Gastküche sehnt. Die Gastküche hat den Vorteil der steten Betriebsbereitschaft, der Sauberkeit und der Billigkeit. Die Hausfrau kann die Flamme sofort anzünden, löschen, vergrößern oder verkleinern, wie sie will, und es mit etwas Uebung leicht dahin bringen, erstaunlich wenig Gas zu verbrauchen. Beim Kohlenherd ist diese weitgehende Oekonomie ausgeschlossen, denn die Kohle, die einmal angezündet ist, brennt weiter, gleichgültig, ob Wärme gebraucht wird oder nicht, ja die Tätigkeit der Hausfrau besteht bei einmal entzündeter Hochglut geradezu darin, die Speisen durch Hin- und Herschieben auf dem Herd, Zwischenlegen von Ringen usw. vor zu großer Hitze zu schützen, statt sie ihr auszuweichen. Aber ganz abgesehen von der Oekonomie werden die Speisen auf dem Gasherd schmackhafter und nahrhafter. Denn die Hausfrau kann durch das Kleinstellen der Flammen die Temperatur auf ganz gleicher, den Speisen zuträglichster Höhe halten, und durch diese individuelle Behandlung der Speisen behalten sie ihren Nährwert, ihre Befeuchtung und als Hauptsache ihren natürlichen Wohlgeschmack. Schließlich ist die Reinigung des Kochgeschirres, wenn auf Gas gekocht wird, viel leichter. Auch fällt bei der Gastküche jeder Schmutz durch Kohle und Asche fort.

Turnen, Sport und Spiel.

Bocholter Wassersportverein. Der Bocholter Wassersportverein 1920 e. V. wollte am vergangenen Sonntag mit einer Teilmannschaft beim Schwimmsportverein „Hellas“ in Emmerich, um sich an den ausgeschriebenen Kämpfen zu beteiligen. Die Veranstaltung stand unter einem ungünstigen Stern, zumal erst zwei Tage vor dem Fest eine holländische Wasserballmannschaft, welche ihr Erscheinen bestimmt zugesagt hatte, die Teilnahme aus technischen Schwierigkeiten ablegte. Dadurch kam eine gewisse Verstimmung in die Reihen des Veranstalters. Auch wären in der Organisation des Festes manche Mängel zu vermeiden gewesen. Die einzelnen Kämpfe, an denen sich Bocholt beteiligte, verliefen äußerst zufriedenstellend. So konnte Bocholt in der Bogenstaffel 4 mal 50 Meter den zweiten Platz belegen. Im Knabenbrustschwimmen erreichte der hiesige Verein mit zwei kleinen Jünglingen den 2. und 4. Platz. Das Jugendbrustschwimmen, 4 mal 50 Meter Brustschwimmen die Bocholter Wassersportler spielend als Sieger nach Hause. Ein unerwartetes Ereignis trat bei Beginn des Wasserballspiels Emmerich — Bocholt ein. Durch eifriges Training haben es die Bocholter Junioren zu einer guten Ballbehandlung gebracht, sodaß sich wieder der Spruch bewahrheitet hat: Uebung ist kein Uberglaube. Die so siegesgewohnte Mannschaft von Emmerich war daher nicht wenig erstaunt, daß bereits nach zwei Minuten das erste Tor durch Bocholt erzielt wurde. Kurz vor Halbzeit erhöhte Bocholt seinen Vorsprung um ein weiteres Tor. Die Emmericher Mannschaft, welche mit aller Macht den Ausgleich erzielen will, kommt auch oft zum gefährlichen Schuß, aber alles scheitert an dem unbeweglichen Willen des Torhüters, der in Hochform war. In der 18. Minute erzielt Bocholt abermals ein Tor und mit 3:0 trennt der Unparteiische, der allen ein gerechter Richter war, das Spiel. Die Emmericher Mannschaft, welche durch diese erste Niederlage seit vier Jahren gegen Bocholt sehr verstimmt war, beabsichtigt, anlässlich des Kampfes um die Stadtmesserschützen zu Bocholt am 2. August ein Retourspiel hier selbst zu veranstalten, das sicher äußerst spannend sein wird. Verhandlungen darüber müssen noch gepflogen werden. Den Siegern des Tages ein kräftiges „Gut Naß“.

Eingelandt.

Am vorigen Sonntag Morgen war zu den Zügen 7.04 nach Münster und 7.06 Uhr nach Empe ein ziemlich großer Anhang. Trotzdem war von den drei Schaltern nur einer geöffnet. Die Reihe der am Schalter wartenden Fahrgäste ging bis zur Eingangstür des Bahnhofs. Schreiber dieser Zeilen war neun Minuten vor planmäßigem Abgang des Zuges nach Münster am Bahnhof und hat den Zug trotzdem nicht mehr erreichen können. Ebenso ging es noch sechs anderen Fahrgästen. An anderen Stationen kann man bei zu starkem Anhang am Fahrkartenschalter einen Schein bekommen und dann ohne Fahrkarte durch die Sperre gehen und später nachhaken. In Bocholt kennt man das wohl nicht. Ebenso nimmt der Stationsvorsteher anderswo mehr Rücksicht und läßt den Zug nicht abfahren, wenn noch sieben Reisende an der Sperre sind. Außerdem ist der Verkehr in Bocholt auch groß genug, sodaß wenigstens des Sonntags zwei Schalter geöffnet werden könnten. Die Reichsbahndirektion wird gebeten, hier nach dem Rechten zu sehen und nicht an der falschen Stelle abzubauen.

Der Einsender.

Verantwortlich für den lokalen Teil: Dr. B. Schmitz-Bocholt,
für den lokalen Anzeigenteil: Joh. Kempten-Bocholt.

Eine Küche ohne Rauch, ohne lästige Hitze, Ruß und Asche
ist das Ideal einer Hausfrau.



Gas ist der billigste, sauberste, bequemste und praktischste Brennstoff der Gegenwart.

Vor dem Ende der Pensionskürzung.

Von

Eisenbahnsinspektor Th. Klein.

Die Reichsregierung wird in den nächsten Tagen dem Reichsrat und Reichstage eine Novelle zur Reichs-Personalabbauparagraphenordnung vorlegen, die u. a. eine „völlige Beseitigung der Pensionskürzungsvorschriften“ enthält. Man geht somit in Regierungskreisen mit der Absicht um, ein offenkundiges Unrecht, das gegenüber den Ruhestandsbeamten geschehen war, wiederherzustellen und den verfassungsmäßigen Zustand wiederherzustellen. Dieses Vorgehen der Regierung ist zweifellos zu begrüßen, da sie sich nunmehr wieder auf den Boden des Rechts stellt, das zu hüten, sie allen Grund hat, denn der bisherige Zustand war auf die Dauer rechtlich und moralisch einfach unhaltbar.

Der Reichsrat wird die Angelegenheit wohl kaum noch in einem besonderen Ausschuss behandeln, hat er sich doch bereits im Februar ds. Js. für eine völlige Aufhebung der Pensionskürzungsvorschriften ausgesprochen. Im Reichstag aber haben große Parteien — darunter auch das Zentrum — schon vor längerer Zeit Anträge mit dem Ziel auf Beseitigung der Kürzungsvorschriften eingebracht. Jede Unterberatung sowohl im Reichsrat als auch im Reichstage würde daher eine durch nichts bedingte Verzögerung der Sache bedeuten.

Es gehen nun vielfach die Ansichten darüber auseinander, von welchem Zeitpunkt an eine Aufhebung der Pensionskürzungsvorschriften der seitigen Personalabbauparagraphenordnung geboten erscheint. Geht man von der Auffassung aus, daß die Reichs-Personalabbauparagraphenordnung vom 27. 10. 1923 als Ausführungsverordnung zum Ermächtigungsgesetz vom 13. 10. 1923 anzusehen war, so hätte wohl mit dem Wegfall des Ermächtigungsgesetzes, also mit dem 2. November 1923, die Aufhebung der Pensionskürzungsvorschriften zu erfolgen. Mag die Reichsregierung hier jedoch sein wie sie will, Reichsregierung und Reichstag sollen angesichts der heutigen Erkenntnis des damaligen Fehlgriffs das wider Treu und Glauben einbehaltene Rückgehalt möglichst in voller Höhe nachzahlen.

Wie aber liegen hier die Verhältnisse für die preussischen Ruhestandsbeamten? In Preußen kommt durch den neuen Reichs-Gesetzentwurf und das bestimmt zu erwartende Reichsgesetz die Pensionskürzung nicht ohne weiteres in Fortfall. Die Preussische Staatsregierung wird sich jedoch in Fortfall, das Vorgehen des Reiches auch ihrerseits verpflichtet sehen müssen, die für Preußen mit Verordnung vom 8. 2. 1924 eingeführten Pensionskürzungsvorschriften aufzugeben. Um allen Zweifeln und etwaigen Weiterungen von vornherein aus dem Wege zu gehen, sollte jedoch eine derartige Verpflichtung in dem neuen Reichsgesetz den Ländern ausdrücklich auferlegt werden. Die parlamentarische Erledigung der Angelegenheit wird auch in Preußen kaum auf nennenswerten Widerstand stoßen. Der Preussische Staatsrat hat bekanntlich bereits im Frühjahr 1924 die Pensionskürzungsvorschriften von sich aus abgelehnt. Im Landtag werden sich die Fraktionen aber kaum anders einstellen können als die des Reichstages, da für die Beurteilung der vorliegenden Sachlage bei beiden Körperschaften die gleichen Gesichtspunkte maßgebend sind. Die Frage, von welchem Zeitpunkt an die Aufhebung der Pensionskürzungsvorschriften in Preußen zu datieren ist, läßt sich verhältnismäßig leicht beantworten. Die Preussische Personalabbauparagraphenordnung ist nach Artikel 55 der Preussischen Verfassung in nicht rechtsgültiger Form zustande gekommen. Demzufolge wäre es recht und billig, wenn bereits vom Inkrafttreten der Preussischen Personalabbauparagraphenordnung, also vom 1. 4. 1925 ab, die einbehaltenen Pensionen den betroffenen Ruheständlern restlos nachbezahlt würden.

Eines aber tut jedenfalls not, daß die Gesetzesvorlage sowohl von der Reichsregierung als auch von der Preussischen Staatsregierung möglichst umgehend den geltenden Körperschaften unterbreitet und noch vor den Parlamentsferien verabschiedet wird, damit der heutige, wider Treu und Glauben bestehende Zustand ein schnelles Ende findet. Sollte man dennoch von maßgebender Stelle aus eine dilatorische Behandlung der Angelegenheit eintreten lassen und diese etwa mit der zeitigen finanziellen Auswirkung der Novelle begründen wollen, so liegt es ja bei denselben maßgebenden Instanzen, auch die Verabschiedung der Steuererlasse noch vor dem Ferienbeginn der Parlamente zu betreiben — dann fließt auch Geld in den Staatskassen zur Zahlung verfassungsmäßig übernommener Verpflichtungen des Staates gegenüber seinen Staatsbürgern, zu denen auch die Ruheständler zählen.

Landwirtschaftsfragen im Landtag.

tu. Berlin, 16. Juni. (Tel.)

Der preussische Landtag gab gestern vor Eintritt in die Tagesordnung einen Antrag der Sozialdemokraten statt, ihren Antrag, eine einmalige außergewöhnliche Wirtschaftsbeihilfe von 100 Mark an die Beamtengruppen 1 bis 6 bis zum 1. Juli zu gewähren, an den Beamtenausschuss zu verweisen. Ein kommunikativer Antrag bezüglich der Vorgänge in Halle bei einer Tränkmannrede wurde dem Reichsausschuss überwiesen.

Es wurde dann die allgemeine Aussprache zur 2. Beratung des Landwirtschaftshaushaltes fortgesetzt. Abg. Brandenburg (Soz.) erklärte, die Sozialdemokratie erkenne die Kreditnot sehr wohl an, Schutzgölle seien aber kein geeignetes Ausfallsmittel. Gewaltige Wirtschaftskämpfe auf der ganzen Linie würde die Einführung der Lebensmittelschutzzölle zur Folge haben. Die Landwirtschaft solle vernünftige Arbeiterpolitik betreiben, ihre Betriebe modernisieren und den Marktschlag anerkennen. Seine Partei lehne sie jedenfalls auf das schärfste ab.

Abg. Just (Dnall.) erklärte, der Handwerkerstand aus Stadt und Land bedauere außerordentlich den Zustand der deutschen Landwirtschaft. Gehe sie unter, so gehe auch das verflämte Vaterland mit unter. In der Kreditgewährung müsse namentlich den kleinen Landwirten gegenüber größtes Entgegenkommen geübt werden.

Abg. Dr. Schifan (D. V. P.) wandte sich gegen die Pressenachricht, daß die Verlängerung der Wechselkredite, die von der Treuhändergesellschaft für die Deutsche Rentenbank gegeben wurden, über den Oktober hinaus nicht erfolgt sei und daß von der Deutschen Rentenbank im Herbst starke Rückzahlungen geleistet werden sollen. Er fragte die Regierung, ob das wirklich stimmt. Eine Ablehnung der Wechselprolongation würde eine Panik in der Landwirtschaft zur Folge haben. Die Landwirtschaft könne sich nicht wie die Industrie verhalten lassen.

Abg. Hagemann (Ztr.) erklärte, die Einfuhr von Lebensmitteln müsse zunächst überflüssig gemacht und die Einfuhr von Rohstoffen beschränkt werden. Solange die hohen Zollmauern des Auslandes bestünden, könne der Ausgleich für unsere Getreidegölle-Minimaltarif im Interesse der kleinen Landwirte. Als eine der bedeutendsten Aufgaben der Regierung dränge sich die Verminderung der ungeheuren Spanne zwischen Erzeuger und Verbraucher heraus. Zu fordern sei auch eine beträchtliche weitere Herabsetzung der Umsatzsteuer.

Abg. Hoff (Dem.) bezeichnet die neuen Handelsverträge als notwendig. Eine Schutzpolitik habe aber auf Handelsverträge immer ungünstig gewirkt. Die Zollvorlage sei recht kläglich ausgefallen und stelle geradezu eine Abschrift lediglich der



Die Rheinische Jahrtausendfeier in der Reichshauptstadt

am 14. 6. vollzog sich unter einer gewaltigen begeisterten Menschenmenge. Es nahmen daran teil die Heimattreuen Verbände Ost- und Westpreußens, von der Nordmark und Schleswig-Holstein. Ferner die buntgekleideten Gruppen der Elbschützen, Württemberger und Sudenbrüder, die Memelländer, Badener, Pommern, Rheinländer, Grauburger, Lissaer, Ostrower,

der Österreichisch-Deutsche Volksbund u. a. m. Oberbürgermeister von Köln, Wallraf, hielt an die erschienenen Massen eine begeisterte Ansprache und schloß dieselbe mit den Worten: „Der Rhein soll Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze sein!“ Unsere Aufnahme zeigt die Gruppe der Elbschützen in ihrem Nationalkostüm beim Abmarsch.

Regelung vor dem Kriege dar. Die Erwartungen der Zollfreunde bezeichnet der Redner als zu optimistisch. Das schiene auch auf den neuen Landwirtschaftsminister zuzutreffen. Die demokratische Partei sei der Ansicht, daß die deutsche Wirtschaft in engsten Kontakt gebracht werden müsse mit der ganzen Weltwirtschaft, zumal Deutschland noch immer stark überbevölkert sei. Abg. Fögel (D. Hann.) erklärte, daß auch der kleine Bauer ein lebhaftes Interesse an Schutzgölle habe. Er forderte des weiteren Förderung des Landwirtschaftswesens und der Siedlung.

Landwirtschaftsminister Steiger erklärte dann auf verschiedene Anregungen, es sei notwendig, daß die Rentenbankkreditanstalt zur Ermöglichung ausländischer Kredite alsbald in Tätigkeit trete. Die Not in Schlefien sei vom Landwirtschaftsministerium durch eine Hilfsaktion gemildert worden. Vom Innenminister werde noch weiteres kommen.

Abg. Simon-Neufuß (Soz.) forderte energisches Zusammenwirken von Reich und Reichstag gegenüber den Bestrebungen des Landbundes zur Verringerung der Pachtzinsbelastung. Der Schutzgölle würde 55 Prozent und mehr Angehörigen des deutschen Volkes eine unerträgliche Verleumdung der Lebenshaltung bedeuten.

Heute wurde die Aussprache fortgesetzt.

Abg. Diehl (Ztr.) betonte, daß das Zentrum von der Notwendigkeit der landwirtschaftlichen Zölle durchdrungen sei. Redner setzte sich weiter ein für die Interessen des Weinbaues, Ermäßigung der Gewerbesteuer und der Weinksteuer. Der begonnene Abbau der Pachtzinsbelastung müsse fortgesetzt werden.

Abg. Schwach (Dnall.) erklärte, die Schutzgölle müßten so gestaltet werden, daß sie eine brauchbare Grundlage ergeben könnten für die Handelsverträge.

Abg. Meinde (Dem.) bittet, in der Zollfrage das Gutachten des Reichswirtschaftsrates zu beachten. Auf jeden Fall dürften die Preise für Futtermittel durch Zölle nicht erhöht werden. Die Minimalzölle müßten abgelehnt werden. Der Redner ersucht das Staatsministerium, im Reichstag dafür einzutreten, daß die Befreiung der Pachtzinsbelastung aufgehoben und die Zeit der Pachtvertragsverlängerung von 2 auf 5 Jahre erhöht wird.

Abg. Dr. Hoffmann-Münster (Dnall.) erklärt sich für Aufhebung der Pachtzinsbelastung und fordert eine bessere Entwässerungsordnung für Ostpreußen.

Abg. Jacoby-Raffauf (Ztr.) empfiehlt gleichfalls, mit der Pachtzinsbelastung Schluss zu machen.

Abg. Graf Stolberg (D. V. P.) empfiehlt den Antrag seiner Fraktion, das Staatsministerium zu ersuchen, dahin zu wirken, daß in Bezug auf die Termine bei der Rückzahlung der der Landwirtschaft zur Verfügung gestellten Staatskredite auch hier auf die Lage der Landwirtschaft Rücksicht genommen werde. Nachdem noch Abg. Hake (Dnall.) erklärt hatte, daß der Schutzgölle für die Windermittelteil sehr katastrophal auswirken werde und eine Verringerung der Lebenshaltung der Arbeiter, Angestellten und Beamten mit sich brächte, schließt die allgemeine Aussprache. Das Ministergehalt wird bewilligt.

Es erfolgt die Einzelbesprechung des Haushalts der Landwirtschaftsverwaltung. Der größte Teil der einzelnen Positionen und der Ausgaben wurde ohne Aussprache bewilligt.

Minister Steiger erklärte auf Anregung mehrerer Redner, er sei gern bereit, gemeinsam mit dem Finanzminister eine Aufzählung der bestehenden Bestimmungen über Verwertung des Haushaltsfonds zur Förderung des landwirtschaftlichen Fortbildungswesens herbeizuführen, damit eine weitere Vermehrung der Zahl der landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen erlangt würde.

Nach Bewilligung einer Reihe weiterer Titel wurde die Aussprache auf Mittwoch, 10 Uhr, vertagt.

Reichswirtschaftsrat und Zollvorlage.

Berlin, 16. Juni. Der Zolltarifausschuss des Reichswirtschaftsrates hat in seiner Sitzung am Montag den Bericht über die Ergebnisse seiner Beratungen über die in der Zolltarifnovelle vorgesehenen Getreide- und Futtermittelzölle fertiggestellt. Der Zolltarifausschuss hat zur Beratung der neuen Vorlage neun Sitzungen abgehalten und zur Vorbereitung seines Gutachtens über landwirtschaftliche Zölle eine große Anzahl von Sachverständigen gehört. Der Verlauf der Erörterungen über die Getreide- und Futtermittelzölle hat gezeigt, daß eine gütliche Mehrheitsmeinung nicht zu extrahieren war.

Der Bericht geht ausführlich auf die im Ausschuss zutage getretenen Meinungsverschiedenheiten ein und stellt fest, daß der Gegensatz zwischen dem grundsätzlichen Freihandel und den ihre Haltung vertheidigenden motivierten Vertretern der Notwendigkeit eines Schutzgölles eine erhebliche Rolle spielte. Aber er stellt auch fest, daß auch die, die gegenwärtig den Freihandel für landwirtschaftliche Produkte vertreten, die Notwendigkeit einer lebensfähigen Landwirtschaft mit intensivem Betrieb, insbesondere auch des Getreidebaues für die deutsche Gesamtwirtschaft anerkennen. Es herrschte im Ausschuss Uebereinstimmung darüber, daß jede Verbesserung der Handelsbilanz durch Vermeidung überflüssiger Einfuhr und daher die Deckung eines möglichst großen Teiles des deutschen Bedarfs an landwirtschaftlichen Erzeugnissen durch die heimische Landwirtschaft wünschenswert sei. Die Meinungen gingen aber darüber auseinander, ob und in welchem Umfang die deutsche Landwirtschaft in der Lage sei, den heimischen Bedarf zu decken, und ob der Zollschutz ein geeignetes Mittel wäre, der deutschen Landwirtschaft die Grundlage für eine stärkere Intensivierung zu schaffen.

Eingehend behandelt wurden u. a. die Zollsätze. Ein Antrag: „Der verstärkte Zolltarifausschuss lehnt die vorgeschlagenen Zölle auf Futtermittel und Brotgetreide, insbesondere auch die vorgeschlagene Festsetzung von Mindestzöllen ab,“ wurde mit 15 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Der Antrag, die autonomen Zölle mit sofortiger Wirkung für Roggen auf 5 Mark, für Weizen und Spelz auf 5,50 Mark, für Gerste auf 2,30 Mark und für Hafer auf 5 Mark festzusetzen, wurde mit 17 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Die Vertreter der Landwirtschaft stimmten gegen diesen Antrag, weil ihnen die Zollsätze des Antrages als autonome Sätze nicht als genügend erschienen. Ein weiterer Antrag, die autonomen Zollsätze bis zum 31. Juli 1926 folgendermaßen festzusetzen: für Roggen 3 Mark, Weizen und Spelz 3,50 Mark, Gerste 2 Mark, Hafer 3 Mark, wurde mit 12 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Auch hier stimmten die Vertreter der Landwirtschaft aus den erwähnten Gründen gegen den Antrag. Mit 14 gegen 6 Stimmen fand aber folgende Entschließung Annahme: „Zur Erlangung geeigneter Kompensationsobjekte bei den Handelsvertragsverhandlungen ist die Einstellung autonomer Zölle für Getreide schon in die kleine Zolltarifnovelle notwendig.“

Es wurde schließlich noch folgende Entschließung angenommen: „Wie der Zolltarifausschuss festgestellt hat, es sich für die Handelsvertragsverhandlungen bereits als ein schwerer Schaden erwiesen, daß die deutschen Unterhändler sich nicht auf einen geehrlich verabschiedeten, gültigen Zolltarif stützen konnten. Es wird daher für dringend notwendig gehalten, für die Handelsvertragsverhandlungen durch beschleunigte Entscheidung für die Vorlage eine feste Grundlage zu schaffen.“

Der Ausschuss behandelte weiter die Einfuhrzölle und hielt es in Uebereinstimmung mit der Regierung für geboten, daß bei Einführung von Getreidezöllen auch der Einfuhrzölle wieder in Kraft tritt.

Vollziehung des Landwirtschaftsrates.

w. Friedrichshafen, 16. Juni. Der Deutsche Landwirtschaftsrat trat gestern mittag zu seiner 55. Vollziehung zusammen.

Der Präsident des Landwirtschaftsrates, Dr. Brandes, wies in seiner Begrüßungsansprache darauf hin, daß es sich darum handle, in letzter Stunden noch einmal Stellung zu nehmen, zu den großen wirtschaftlichen Problemen, die vor der Entscheidung stehen und von deren Lösung wohl nicht nur das Wohl der deutschen Landwirtschaft, sondern der ganzen deutschen Wirtschaft abhängen. Der Redner verwies auf die phantastischen Fortschritte der neuen Verschuldung der Landwirtschaft, wozu der kleine Bauer am härtesten betroffen werde. Er verlangte, daß in Deutschland eine Wirtschaftspolitik getrieben werde, die eine intensive Arbeit auf kleiner Scholle lohne, sonst würde Millionen von kleinen und mittleren Landwirten das Todesurteil gesprochen werden.

Ministerialdirektor Hoffmann wünschte der Tagung namens der Reichsregierung und der Länder guten Erfolg.

Der Senatspräsident beim Reichsfinanzhof, Geheimrat Dr. Kautzsch berichtete über die Tätigkeit des Landwirtschafts- und des Steueramtes. Nach einer kurzen Aussprache wurde sodann eine Entschließung angenommen, die verlangt, daß die in ihrer Leistungsfähigkeit beeinträchtigten Betriebe nicht durch eine weitere Ueberlastung der Steueranforderungen zum Erliegen gebracht werden. Sie wendet sich ferner gegen die steuerliche Belastung des Kindes- und Gattenerbes und fordert die Wiederherstellung des unbefristeten Nachschusses für die Steuerpflichtigen, Beseitigung der verletzten Einfuhrprämie auf dem Gebiet der Umsatzsteuer sowie eine allgemeine Senkung des Umsatzsteuerfußes. Außerdem verurteilt sie den Gedanken der Erhaltung des deutschen Produktionsvermögens in Verbindung mit der Aufwertung und erwartet die schnelle Verabschiedung der Reichsfinanzreform sowie die baldige Verabschiedung des Aufwertungsgesetzes.

Staatssekretär a. D. Dr. Lenke sprach über die Behebung der landwirtschaftlichen Kreditnot durch die Errichtung der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt. Zu dieser Frage wurde eine Entschließung angenommen, wonach die deutsche Landwirtschaft nicht imstande sei, eine jährlich sich auf 200 Millionen Mark belaufende Zinszahlung für die empfangenen Wirtschaftskredite an die Deutsche Rentenbank vorzunehmen, wenn ihr nicht eine besondere Kreditquelle zur Zinsleistung und Stützung eröffnet werde. Diese Kreditquelle erblickt der Landwirtschaftsrat in der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt. Er begrüßt den entsprechenden Gesetzentwurf, hält aber die vom Reichsrat an der Regierungsvorlage vorgenommenen Veränderungen für eine unannehmbare Verschlechterung des Gesetzentwurfs. Er erwartet von den Volksvertretern, daß sie den Gesetzentwurf sobald als möglich in der Fassung der Reichsregierung annehmen und verabschieden. Angenommen wurde ferner eine Entschließung betreffend die Mitarbeit der Landwirtschaft an der Unterbringung der zur Entlastung kommenden Wehrmacht angehörigen.

An die Versammlung schloß sich eine Befestigung der Sepelntwerfe.

Der Harrimanvertrag mit Rußland.

w. Moskau, 14. Juni. (Tel.) Der Harrimanvertrag wurde russischerseits von Derschninski und Ushitschew, von Seiten des amerikanischen Großindustriellen Harrimans von John Elliot unterzeichnet. Einzelheiten des Vertrages betreffen das Recht der Konzeptionsrechte auf zollfreie Einfuhr von Maschinen für Konzeptionsbetriebe auf 5 Jahre. Die Sowjetregierung besitzt im Konzeptionsgebiet ein 15 Millionen Tonnen Mangang

erg. enthaltendes Nebenstück, zwecks selbständiger Ausbeutung. Ferner erhält sie 50 Prozent des Kongressgewinnes, soweit die Kongresspreise ein gewisses Niveau überschreiten. Dem Kongresskomitee sind bis jetzt über 100 amerikanische Kongresskongressmitglieder zugegangen, darunter einige bedeutende, die sich auf die Ausbeutung großer Wälder beziehen.

Aus Westdeutschland.

× Münster, 16. Juni. (25 Jahre Zentralgenossenschaft.) Die Westfälische Zentralgenossenschaft für den An- und Verkauf landwirtschaftlicher Bedarfsartikel und Wirtschaftserzeugnisse feiert am Donnerstag, den 25. Juni, die 25. Wiederkehr des Jahrestages ihrer Gründung mit einer Jubiläums-Generalversammlung im Schützenhof.

× Münster, 16. Juni. (Ueber die Ernteausichten in Westfalen.) Bericht der hiesigen Landwirtschaftskammer: Die wochenlange Trockenheit mit starker Sonnenbestrahlung und aufsteigender Luftfeuchtigkeit ist der Entwicklung der Getreidefrüchte sehr nachteilig gewesen. Wintergerste und Roggen beginnen, nützlich zu werden, Sommergetreide entwickelt sich fast garnicht, nur den Kartoffeln scheint die Witterung noch nicht geschadet zu haben.

× Münster, 16. Juni. (Die Lohnunterschiede im Holzgewerbe.) Die Holzindustrie in den letzten Tagen angekündigte Ausperrung durchgeführte wurde, läßt sich bis heute nicht übersehen, da sich die Ausperrung betriebllich über das ganze Reich erstrecken soll. Für das rhein.-westf. Holzgebiet, in dem ebenfalls durch das Scheitern der Verhandlungen eine sehr kritische Lage entstanden ist, haben sich die Dinge infolge eines anders gestalteten als im Reich, weil an einzelnen größeren Orten durch Aufnahme örtlicher Verhandlungen Arbeitsniederlegungen größeren Umfangs vermieden worden sind. Inzwischen hat der amtsliche Schlichter in Dortmund für Mittwoch, den 17. Juni erneut die Parteien zu Verhandlungen geladen, um den Lohnstreit beizulegen. Dieselben dürften sich äußerst schwierig gestalten. Wenn es zu keiner Verständigung kommen sollte, so würde es im gesamten rhein.-westf. Holzgebiet ebenfalls zu Arbeitsniederlegungen im großen Umfang kommen, deren Vermeidung im Interesse des gewerblichen Friedens dringend zu wünschen wäre. In dem Falle müßten die Differenzen dann überall durch örtliche Verhandlungen mit den Arbeitgebern beigelegt werden.

× Münster, 16. Juni. (Goldene Hochzeit noch einer bekannten Persönlichkeit.) Konnte am Montag der bekannte Schulmann, Rektor Petermann mit 82 Jahren das Fest der goldenen Hochzeit begehen, so feiert heute, also einen Tag später, der gleichaltrige Wagenfabrikant Bernhard Krug mit seiner Gattin Maria geb. Hoffkulte das gleiche Fest, und zwar beide gleichfalls in bester Gesundheit. Herr Krug ist weit und breit besonders bekannt als langjähriger Chef der münsterischen Feuerwehr und tatkräftiger Vertreter und Förderer der Interessen der freiwilligen Wehren überhaupt.

× Bielefeld, 16. Juni. (Ein gewaltiger Waldbrand.) Mittels am Sonntag nachmittag in den früheren Arenbergischen, jetzt der Provinz gehörigen Forsten am Riesenbender Berg. Der Waldbrand entstand in der Nähe des alten Riesenbender Hofes und breitete sich bei dem Sturme mit rasender Schnelligkeit aus. Mehrere Hektar Waldbestand — teils Dicht, teils auch wertvoller Tannenwald — verbrannten. Der Brand wütete etwa fünf Stunden lang mit unerminderter Stärke. Erst nach anstrengender Tätigkeit und durch Anlegen eines Gegenfeuers wurde ein noch weiteres Umfagtreifen des Feuers verhindert.

× Haltern, 16. Juni. (Heimatfeste in Haltern.) Die erste Aufführung des Gög von Verlingen ist bestimmt auf Sonntag, 21. Juni, nachmittags 4 Uhr, festgesetzt. Dank der eifrigen Arbeit der Festkommission und aller Beteiligten ist innerhalb weniger Wochen am sogenannten Hundegraben in der Nähe des Halterner Annaberges eine Freilichtbühne geschaffen, die in ihren Ausmaßen wohl eine der größten Deutschlands ist. Die Zuschauertribüne bietet bequem 5000 Personen Platz. Die Landschaft mit ihren tannendurchwachsenen Gipfeln, ihren Schluchten und Klüften stellt eine geradezu ideale Bühnenszene dar, die nunmehr die Burg des edlen Herrn von Verlingen mit ihren mächtigen Türmen und Zinnen beherrscht. Die Halterner Bevölkerung nimmt an dem Wert innigen Anteil, Groß und Klein, Hoch und Niedrig hat sich freudig und gern stellen sich die Spieler trotz räumlicher Trennung und Arbeit täglich pünktlich zu den Proben ein. Auskünfte erteilen die örtlichen Jugendherbergen oder die Geschäftsstelle Haltern, Rathaus (Telef. 206), die auch Druckbogen kostenlos versendet.

× Stromberg, 16. Juni. (Töchter Unglücksfall.) Der Arbeiter Heinz Eidenkötter stürzte von der Treppe seines Hauses, erlitt einen Schädelbruch und starb einige Stunden später.

× Dortmund, 16. Juni. (Wieder Tumulten im Stadtparlament.) In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurde Magistratsrat Dr. Dittrop aus Vörmum als Beförderer des Krieges- und Arbeitsopfers von der Partei der Sozialisten und Arbeiterpartei von der kommunistischen Fraktion wurden eine Reihe von Anträgen gestellt, die nur agitatorische Zwecke verfolgten. Dabei kam es zu heftigen Auseinandersetzungen hauptsächlich zwischen den Kommunisten und Sozialdemokraten. Es gab wieder die in Dortmund gewohnten Stille in der Stadtverordnetenversammlung. Der Magistratsrat Dr. Dittrop erteilte zwei kommunistischen Mitgliedern des Kollegiums Ordnungsrufe, und ein weiterer Kommunist wurde aus der Sitzung ausgeschlossen. Diese Sitzung setzte sich am Montag fort.

× Dortmund, 16. Juni. (Weim Baden ertrunken.) Ist am Sonntag nachmittag im Freibad am Hardenbergshafen der 17-jährige Fensterputzer Walter Kaufmann. Wiederbelebungsversuche, auch Versuche mit dem Sauerstoffapparat des städt. Krankenwagens waren leider ohne Erfolg.

× Dortmund, 16. Juni. (Die streikenden Hafenarbeiter.) haben in einer Massenversammlung beschlossen, den Streik verhängt fortzusetzen. Die Hafenarbeiter in Wanne und Herne haben sich der Streikbewegung angeschlossen. Seit Montag stockt der gesamte Verkehr im Wanne-Herner Kanalhafen. In Hamm sind die Hafenarbeiter in eine Lohnbewegung eingetreten. Es wird eine Erhöhung der Stundenlöhne von 60 auf 90 Pfg. gefordert. Im Falle der Nichtbewilligung wird mit Streik gedroht. Die Arbeitgeber haben eine Lohnserhöhung von 5 Pfg. je Stunde angeboten.

× Heringsen, 16. Juni. (Einen traurigen Ausgang.) nahm am Sonntag der Ausflug eines hiesigen Turnvereins zur Möhmetalsperre. Beim Baden einiger Turner verlor plötzlich der 21-jährige Bergmann Joh. Wiltsch vor den Augen seiner Mutter, Ein Kollege, der ihn retten wollte, wurde schließlich durch Überanstrengung in die Tiefe gerissen, konnte aber noch rechtzeitig von einem mütigen jungen Manne aus Münster gerettet werden. Die Leiche des Vaters konnte der Tiefe wegen nicht geborgen werden.

× Minden, 16. Juni. (Pionier-Lagerung.) In der alten Garnisonstadt Minden hatten sich am Samstag und Sonntag viele auswärtige Angehörige der ehem. Pionier-Bataillone 7, 8, 10, 24, 27 und 30 und der daraus gebildeten Kriegsförderung zum 2. Pionier-Lagerung zusammengefunden. Auf dem Kasernenhof der Pioniere war ein Riesenzelt errichtet, das all die Tausende der Gäste und hiesigen Teilnehmer aufnehmen konnte. Die Begrüßungsfeier nahm einen überaus herzlichen Verlauf. Die vaterländischen und militärischen Vereine brachten den Gästen zu Ehren einen Fackelzug. Sonntag vormittag fand auf dem Simeonsplatz Feldgottesdienst statt, an dem mit

Die Pläne für eine deutsche Nordpolexpedition.

Dr. Edener über die Erforschung der Arktis mit dem Zeppelin-Luftschiff.

tu. Berlin, 16. Juni. (Tel.) Die zahlreichen Erörterungen über eine Erforschung des Nordpols in der Presse des In- und Auslandes lassen die Vermutung aufkommen, daß Deutschland an diesen Bemühungen verhältnismäßig wenig beteiligt ist. In Wirklichkeit hat bereits Graf Zeppelin nach einer Forschungsreise nach Spitzbergen im Jahre 1911 mit den führenden Wissenschaftlern die Vorbedingungen für eine Durchführung der Forschungsreise eingehend studiert. Durch den Krieg wurden diese Arbeiten unterbrochen. Die Internationale Studiengesellschaft zur Erforschung der Arktis mit dem Luftschiff hat diese Pläne wieder aufgenommen, wobei der Anteil deutscher Gelehrter und Praktiker als führend bezeichnet werden kann. Ueber die Möglichkeiten der Erforschung der Arktis durch das Luftschiff äußert sich nun Dr. Edener u. a.: „Es ist vollkommen richtig, daß der Luftschiffbau Zeppelin oder einzelne seiner Konstrukteure und Luftschiffführer, der Studiengesellschaft bisher nicht angehören, sondern daß der Luftschiffbau Zeppelin seine eigenen Pläne in dieser Angelegenheit verfolgt, die er zu gegebener Zeit durchzuführen vorhat. Es sind inzwischen nun von dritter Seite Versuche unternommen worden, die Bestrebungen des Luftschiffbau Zeppelin mit denen der Studiengesellschaft zu vereinigen und ich bin der Ansicht, daß eine solche Vereinigung sich sehr wohl erzielen läßt, da die Gruppe von namhaften Gelehrten, die der Studiengesellschaft angehören, der Zeppelingeellschaft als eine der besten erscheinen muß, mit der ich zusammenzugehen wünschen könnte. Voraussetzung ist aber hierbei selbstverständlich, daß der Zeppelingeellschaft bei Bau und Führung des Expeditionsschiffes die Verantwortung und Durchführung übertragen wird.“ Es ist zu hoffen, daß die Opferwilligkeit des deutschen Volkes die Durchführung dieses für das deutsche Ansehen in der Welt außerordentlich wichtigen Planes ermöglichen wird.

Die geheimnisvolle Insel am Nordpol.

Der englische Kapitän Donald Mac Millan, der jetzt zu seiner Flugexpedition nach dem Nordpol aufgebrochen ist, will nicht nur den Pol überfliegen und Amundsen aufspüren, sondern er ist auch auf der Suche nach einer geheimnisvollen Insel, von der verschiedene Polarforscher der letzten Zeit berichtet haben, ohne daß bisher ihr Vorhandensein einwandfrei

erwiesen wäre. Die Insel, deren Ausdehnung auf mehr als 1 Million Quadratmeter geschätzt wird, soll sich irgendwo in der Nachbarschaft des Pols, entweder westlich oder nordwestlich von dem Insel Heiberg-Land befinden. Vielleicht ist dieses gewaltige Gebiet mit Pflanzen bedeckt und von Tieren bewohnt, vielleicht ist es auch eine Eiswüste, auf der nur ein paar Polarbären haufen. Der erste, der seine riesigen Berggipfel und Hochplateaus gesehen haben wollte, war Peary im Jahre 1906, und er taufte die Insel „Crocker-Land“. Mac Millan glaubte ebenfalls die Insel zu erblicken, als er den Spuren Pearys folgte, aber als er näher herankam, verschwanden die phantastischen Gebirgsformen im Nichts, und die Insel am Nordpol wurde für eine Fabel erklärt. 1914 war Mac Millan wieder im Polargebiet und wieder sah er keine Mannschaften die felsigen Berggipfel am Horizont. Nach seinen und den Beobachtungen von Peary glaubte er das Land etwa 200 Kilometer von Kap Columbia an der Küste von Grant-Land lokalisiert zu können. Er drang nun in diese Gegend vor und kam bis zu einem Punkte, der von dem vermuteten Punkt etwa 50 Kilometer entfernt war, aber er fand nichts als Eiswüste. Da seine Begleiter vollkommen erschöpft waren, und auch die Hunde nicht mehr weiter konnten, so mußte er umkehren. Aber noch einmal steuerte er mit seinem Schiff, der „Santa Maria“, zu dem Punkt, wo Peary die geheimnisvolle Insel gesichtet hatte, und wieder stiegen die Gipfel und Hochplateaus vor ihm auf, doch ein Sturm erhob sich, das Schiff wurde abgetrieben, und wieder war sein Suchen vergebens. Er stellte aber verschiedene Anzeichen fest, besonders Veränderungen in den Gezeiten, aus denen er auf das Vorhandensein eines riesigen Landgebietes schließen zu können glaubte. Mac Millan hofft jetzt bestimmt, das Geheimnis der Insel am Nordpol zu lösen. Er führt zwei Wasserflugzeuge mit sich, von denen jedes 10 Stunden ununterbrochen fliegen kann, mit Bordrichtungen für die Verwendung auf dem Eis ausgestattet ist und 15 000 Kilometer zu überwinden vermag. Eine Basis für diese Flugzeuge wird auf dem Insel Heiberg-Land errichtet, die in beständiger drahtloser Verbindung mit den Flugzeugen und der 300 Kilometer südlich angelegten Schiffsbasis stehen wird. So dürfte jetzt endlich festgestellt werden, ob es sich bei dieser Insel nur um ein Hirngehirnspinn oder um ein tatsächliches Landgebiet handelt.

Eine Hilfsexpedition für Amundsen in der Adontsbucht eingetroffen.

× Paris, 15. Juni. (Tel.) Dem „Welt Parisien“ wird von Bord der Fram gemeldet, daß die Hilfsexpedition in der Adontsbucht eingetroffen ist und mit der Ausladung der Flugzeuge begonnen hat. In der Nacht von Sonntag auf Montag wurden in der Ritterschiffen gelungene Versuchsflüge ausgeführt. Die Expedition wird wahrscheinlich heute nach den Dänischen Inseln aufbrechen.

versammlung der Zeitungsgenossenschaft, die den Beschluß faßte, die Zeitungsgenossenschaft aufzulösen. Die Zeitung mit dem Vermögen usw. wird vom Verbands übernommen.

× Jons, 16. Juni. (Zwei Geschwister ertrunken.) Ein Pabelboot, das mit einer Dame und zwei Herren besetzt war, geriet infolge der starken Strömung des Rheins gegen einen Felsfelsen, wobei das Boot umschlug und die Insassen ins Wasser stürzten. Hierbei ertranken die beiden Geschwister Heinz und Elise Schramm aus Hilden. Das Mädchen war 22 Jahre, der junge Mann 23 Jahre alt. Die Verunglückten sind die beiden einzigen Kinder der Familie Schramm.

× Wies, 16. Juni. (Die Eisenburg als Jugendherberge.) Die Eisenburg am Rhein hat der Westdeutsche Jugendbund der christlichen Vereine junger Männer als Jugendherberge angekauft.

× Denabrid, 16. Juni. (Tagung des Verbandes preussischer Justizämter.) Am vergangenen Samstag und Sonntag fand hier in Anwesenheit der von Vertretern der Behörden, der Parlamente und der übrigen Beamtenverbände die 26. Tagung des Verbandes preussischer Justizämter statt. Der Samstag war durch Beratungen über die nach der Satzung feststehenden Gegenstände und nichtöffentliche Sitzungen der Ausschüsse ausgefüllt. In der öffentlichen Versammlung am Sonntag morgen referierte als erster Gerichtspräsident A. v. O. (Duisburg) in eingehender Weise über die Neugestaltung der Ausbildung des Nachwuchses. Dann sprach Justizoberreferent Sartmann (Berlin) über die Möglichkeit und Notwendigkeit einer fachwissenschaftlichen Fortbildung nach bestandenen Attestaten. In einem dritten Vortrag berichtete Bezirksreferent S. (Berlin) ausführlich über die Schritte, die der Staatskommissar für Justizreform, Staatssekretär Mügel, bereits unternommen habe, um eine Reform des Verwaltungs- betriebes im Justizwesen zu erreichen. — Am Nachmittag wurden Personalfragen geklärt und Gegenstände interner Art besprochen. Nach einer regen Aussprache hierüber fand die Tagung ihren Abschluß.

Aus aller Welt.

gustav nagel lebt!

Von dem totesagten gustav nagel erhält die „Berliner Morgenpost“ aus arendse i. altm. (Arendsee in der Altmark) nachstehendes Lebenszeichen: „grüß got, mit bedauern habe ich festgestellt, das ich in letzter zeitung tot gesagt worden bin. wo ich aus diesem brise erken, erstreue ich mich besser gesundheits und hoffe noch lange meinem got dienen zu können; sollten sie sich davon überzeugen wollen, so bitte ich um ihren besuch in meinem tempel am herrlichen arendse i. altm.

got besoten
wunderprediger und tempelwächter
geboren 28. märz 1874.“
Es ist nicht das erste Mal, daß gustav nagel totesagte worden ist. Auch diesmal hat sich die Todesnachricht nicht bestätigt. Im Gegenteil, der „Wanderprediger und Tempelwächter“ erfreut sich, wie er schreibt, der besten gesundheit und lebt in guten verhältnissen von seiner dritten frau.

Kritiker gegen Kuitzol.

Zwan Kritiker hat gegen den Inhaber der Kuitzol-Fabrik Kurt Kuitzol in Groß-Salze die Beleidigungsklage eingereicht, mit der Begründung, es sei nicht wahr, daß er dem deutschen Volke „Blut abgezapft“ habe. Termin zur Verhandlung ist auf den 16. Juni, vormittags 11 Uhr, angelegt. Amtsgericht Berlin-Mitte. Da der Ausdruck „Blut abgezapft“ sehr allgemein gehalten ist, so ist anzunehmen, daß durch die Beleidigung die ganze Kuitzol-Fabrik angegriffen werden wird.

Keine Arbeitsgemeinschaft aller vaterländischen Verbände in Bayern.

tu. München, 16. Juni. (Tel.) Der national-sozialistische Volksbund demotiert die Werbung, nach der am 5. Juni eine Bessprechung zur Einigung aller vaterländischen Verbände stattgefunden haben soll.

25-jähriges Bestehen der preussischen Handwerkskammern.

tu. Berlin, 16. Juni. (Tel.) Die preussischen Handwerkskammern begehen in diesem Jahre das 25-jährige Bestehen. Der preussische Handelsminister Schneider wohnt gestern einer feierlichen Veranstaltung der

Berliner
lab, zugle
kennung
Ausdruc

w. De
hat sich a
erzogen.
wagten die
dessen 21
sonenau
rer verlor
überflut
ins Feld

tu. G
ist die G
ten Ungar
tete Sach

w. Mi
Bord des
len von B
das den T
schaft, muß
sonen e
konnten a
ten, gerett
Werfen ein

tu. S
M i a t i
bestimmen
hätter.

Jahre

Am 8
schaft d
(Sich Coes
am Bormi
Festrup.
allerdings
des Zoolog
der Arbeit
Reichs
geren Aus
Steuerbela
des Wirtse
roler Steu
unferer Ma
politik nac
vielfach au
worden sei
werbesteu
fertig stel
ern, insbes
bedeutigt
Steuer bela

Die amtliche
Berliner R

Holland
Nagengalen
Beland
Norwegen
Dänemark
Schweden
Finnland
Italien
London
Amerika
Frankreich
Schweiz
Spanien
Deutsch-Wien
Ungarn
Tschschen
Tokio
Rio de Janeiro
Jugoslawien
Bulgarien
Lissabon-Op
Danzig
Konstantinop
Athen

tu. Be
Wertpapier
tierung von
ten findet

zu Ber
des gestrige
noch allge
fä u f e n
den Banker
sich diese Ma
folge Ma
h ö u n g e
konnte man
den Markt
sein, daß di
beschaffung
ferner die
Deutschen
das entgeg
gesamten K
Stille bote
Wiederanfor
tliche Beurt
Entwickelun
bedarf erga
führung vo
sonders beu
anfechten i
öffnungsst
Schussgebiet
Conjols 0,4
hielt sich e
les konnte
Veränderun
geld 10 bis
das englisch
erfahren ge
matt lag n
Im w
Kursie wiede
Grund d e
der Werte
gestel. Da

ung der

Verantwortlich für den Inhalt: Schriftföhrer Dr. Carl Waser, im Veranlassung: Herr
Verband, für den Verbandsrat: Dr. Adolf Stille, für den Handel, Sport und
Gefährdung: Herr Dr. Adolf Stille, für den Handel, Sport und
Friedrich Wiedemann S. J., für den landwirtschaftlichen, technischen und
beim „Oekonomisten“ Dr. Franz Steinlebe, sämtlich in Münster 1. B., Berliner
Redaktion: Dr. Franz Fortmann, Berlin-Gartenstadt. Verantwortlich für den
Verband und den Verbandsrat: Dr. Adolf Stille, in Münster. Druck: Verlagsanstalt
und Verlagsanstalt (Juno) G. m. b. H., in Münster. Druck: Verlagsanstalt
187, 2195 und 2196. — Für die Aufnahme von Personen in bestimmte Gruppen
zu bestimmten Stellen wird keine Gebühr abgenommen. — Schiedsrichter berechnen nicht
an Gebührenleistungen. — Personen, die bestimmte Stellen in den Gruppen haben

Ohne große Reklame findet das neue Sicherheitsbackpulver



Reese Backwunder
seinen Weg in jede Küche!

Umsonst: Eine elegante Blechdose ff. Keks für 50 Reese-Gutscheine oder Reese-Packungen

Schon vor dem Krieg ist's so gewesen,
Die kluge Hausfrau sammelt „Reese“

Verlangen Sie
das neue
Reese Rezeptbuch
für die feine Küche
gratis
in den Geschäften
oder durch
Postkarte von der
Reese-Gesellschaft
in Hameln a. d. Weser

Billig

Gelegenheitskauf!

Billig

Drehstrommotore, Fabrikat Tysen:

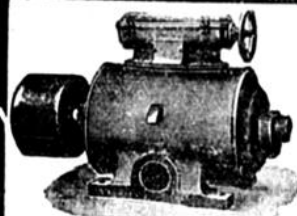
7 1/2 P. S., 220/380 Volt mit B. A. V., schwere Ausführung, 312,— Del-Vollast-Anläufer, 45,—
8 1/2 P. S., 220/380 Volt mit B. A. V., schwere Ausführung, 340,— Del-Vollast-Anläufer, 45,—
10 1/2 P. S., 220/380 Volt mit B. A. V., schwere Ausführung, 375,— Del-Vollast-Anläufer, 45,—
12 1/2 P. S., 220/380 Volt mit B. A. V., schwere Ausführung, 420,— Del-Vollast-Anläufer, 45,—
15 P. S., 220/380 Volt mit B. A. V., schwere Ausführung, 480,— Del-Vollast-Anläufer, 65,—
Die Maschinen sind sofort lieferbar.
Zwischenverkauf vorbehalten.

Billig

Theo Marx, Coesfeld, i. W.

Telephon 102.

Billig



Bruncken Drehstrom-Doppel-
Kurzschlussanker-Motor

bis 100 PS, Leistung, D. R. P.
Von den Elektrizitätswerken zugelassen, da gleicher Anlaufstrom wie beim Schleifringanker
Keine Schleifringe Fast vollständige Kapselung Anlauf unter Vollast
Hohe Überlastungsfähigkeit Höchster Wirkungsgrad und Leistungsfaktor
Hervorragende Gutachten Viele Referenzen großer hiesiger und auswärtiger Werke

Kölner Elektromotorenfabrik Johannes Bruncken

Köln-Bickendorf, Teichstraße 6a. Gegr. 1907. Tel. Amt Köln Mosel 3823, 3824, 3825.

Vertreten durch **Hubert Kleinpaß**, Ingenieur, Mehr, Kreis Rees, Fernruf 41

**Vor der Neueinrichtung
Ihrer Wohnung**

besichtigen Sie **erst** die riesige und schöne
Auswahl unserer **Dekorations-, Möbel-
u. Gardinenstoffe, Orient- u. deutsche
Teppiche, modernes Kunstgewerbe.**

Wilh. Baum Söhne

Eigene Dekorations-Werkstatt unter
Leitung bewährter Fachleute.

Dortmund.

Ostenhellweg 33.

Kleinauto

für die Reise gesucht. Es kommen nur gute
Marken in Frage.
Angebote unter Angabe der Marke, Motor-
nummer und genauer Beschreibung unter T 3921
an die Expedition des Bocholter Volksblattes.
Bocholt.

Kunststopferei

Münster i. W. Ludgerstraße 118.
Reparatur sämtlicher Schäden (Risse, Brandlöcher,
Motten- und Mäusefraß) in allen Stoffarten.
Lieferung silberner Sachen sofort! 13744
Jahrelange Reparaturen echter Teppiche.

Bekanntmachung.

Die Verkehrsgesellschaft für den Kreis Lüd-
inghausen G. m. b. H. in Münster hat bei mir die Genehmi-
gung zum Betrieb von Kraftfahrzeuglinien und zwar von

Lüdinghausen nach Olfen Markt

sowie

**Lüdinghausen - Senden - Albadten nach Münster
Hauptbahnhof**

zur Beförderung von Personen beantragt.

Geplant sind täglich 4 bzw. 5 Fahrten in jeder Rich-
tung mit einem Magiruswagen von 40 Brems-PS. und
23,2 Steuer-PS., Eigengewicht 3950 kg., zulässige Be-
lastung 2500 kg.

Das Fahrzeug faßt 34 Personen (24 Sitz- und 10
Stehplätze).

Etwasige Widersprüche sind binnen 2 Wochen nach der
Veröffentlichung bei dem Amtmann anzubringen.

Münster, den 2. Juni 1925.

Der Regierungspräsident.

S. M. gez. v. Basse.

5202

Mollig durchwärmte Zimmer schafft Ihnen der

Kachelofen

und spart dabei Kohlen und Arbeit.
Kachelöfen in jeder Ausführung baut

Gustav Radzuhn Nachf.

Münster i. W.

Neubrückerstr. 48

Fernruf 150/151

Möbel-Verkauf

verein. Hand-
werksmeister
G. m. b. H.

Münster i. W.

Alter Steinweg 29.

Neben Porzellanhaus Kösters

**Spezialhaus für solide
Qualitäts-Möbel**

Zahlungserleichterung ohne Preisaufschlag.
Vorteilhafte Kaufgelegenheit.

a12

Restaurations-Versteigerung

an Ort und Stelle

in **Dortmund**, Sunderweg Nr. 63 u. 65.

Im Auftrage des Testamentsvollstreckers werde ich am **Donners-
tag, den 18. Juni 1925, nachmittags 3 Uhr**, die Restauration
Sunderweg Nr. 63 u. 65, früher **Behemeyer**, direkt an dem großen
Eisenwerk gelegen, öffentlich meistbietend versteigern.

Flur 89 Nr. 24 Sunderweg 63 u. 65 Hofraum
mit a) Wohnhaus mit Anbauten = 1125 R.-M.
Nutzungswert, b) Wohnhaus u. Wirtschaft m. Anbau,
1890 R.-M. Nutzungswert, c) Stallgebäude, 150 R.-M.
Nutzungswert, d) Waschküche, 24 R.-M. Nutzungs-
wert, Gesamtgröße 4,28 ar, e) Bauplatz, direkt hinter
der Wirtschaft gelegen, Flur 89 Nr. 164 u. 65/53,
Landwehr- und Fichtestraße-Ecke gelegen, 5,18 ar
groß, R.-M. 112 Nutzungswert.

Die Wirtschaft ist mit gutem Inventar versehen. Kaufbedingungen
sind folgende:
Bei Kauf wenigstens 20.000 R.-Mk. Anzahlung in bar und bei
guter Bürgschaft. Restkaufpreis bleibt auf 6 Jahre stehen. Auskunft
erstellt Unterzeichneter. Befichtigung jederzeit gestattet.

Chr. Müllers Nachf. Richard Kersten,

beid. Auktionator und Taxator,

Dortmund, Weissenburgerstraße 43.

Fernruf 2380.

Hofkonditorei

Middendorf, Münster i. W.

Bogenstr. 14-15. / Bahnhofstr. 8.

**Rufbekannt
im ganzen Land.**

Korpulenz macht alt!

Fettleibigkeit wird durch die „Hegro“-
Reduktionspillen beseitigt. Preisgekrönt
mit goldenen Medaillen und Ehren-
diplom. Kein starker Leib, keine starken
Hüften, sondern jugendlich schlanke
elegante Figur. Kein Heilmittel, keine
Geheimmittel. Garantiert unschädlich.
Ärztlich empfohlen. Keine Diät. Viele
Dankschreiben. Preis 4 Mark.

Fortuna-Apotheke

Münster i. W.

Hotel-Restaurant „Monopol“

Habe die Bewirtschaftung von Hotel Monopol
mit übernommen. Der Betrieb erleidet keine Unter-
brechung. **Wiederoeffnung des Restaurants**

Donnerstag, den 18. Juni.

Willy Aschenbroich

Hotel Monopol
Fernruf 4090

Stadt. Ratskeller
Fernruf 3913 / Büro 4158

**Deutsche
Heimatfestspiele Haltern i. W.**

Spielzeit Juni bis September

Götz von Berlichingen

Spielleitung:

Dr. G. M. Krug

Tribüne mit 5000 Sitzplätzen

Große Volks- und Reizerszenen

700 Mitwirkende

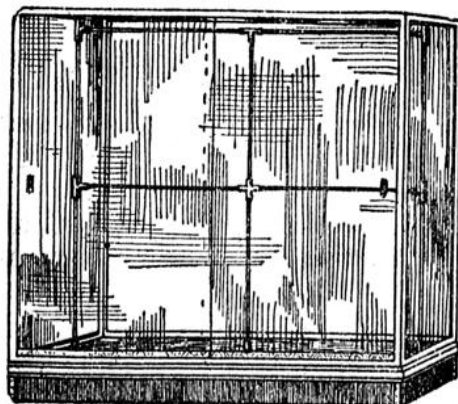
Spieltage jeden Samstag und Sonntag

Schülervorstellungen jeden Mittwoch, Beginn 4 Uhr

Preise der Plätze 5,-, 3,-, 2,- und 1,- M., für Schüler 50 Pf.

Auskunft: Geschäftsstelle Haltern, Rathaus, Telefon 205

Konfektionsschränke



L. H. Christenhusz, Münster i. W.

Möbelfabrik,

Goldstraße 1. — Laden- u. Schaufensterbau — Fernruf 760.